

erzieht
an allen Verlagen.

Bezugspreis monatl. 30 Gr.
bei der Geschäftsstelle 3,50
in den Ausgabestellen 3,70
durch Zeitungsbörsen 3,80
durch die Post 3,50
ausgl. Postgebühren
im Ausland 6 Gr.
in deutscher Währg. 5 M.-M.

Fernprecher 6105, 6275.
Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher

keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen
Reklameteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei.

Das Jahr 1924 nimmt in der Wirtschaftsgeschichte der tschechoslowakischen Republik eine eigentümliche doppeldeutige Stellung ein. Auf der einen Seite ein unverkennbares Nachlassen der Krisenwirkung und ein Abschauen der überzürten Gründungsmanie, andererseits aber zeigen sich gegen Ende neue drohende Anzeichen einer herandrängenden Teuerungswelle, die sich mit allen verderblichen Folgen auf die Volkswirtschaft und auf die Masse des Verbraucher stützt. Die soeben erschienene "Bahraniční Politika" veröffentlicht eine offenbar auf authentischen Ziffern ruhende wirtschaftliche Übersicht über die ersten elf Monate des vergangenen Jahres. Mit großer Befriedigung wird darauf hingewiesen, daß der Wert der aus der Tschechoslowakei ausgeführten Waren innerhalb des genannten Zeitraumes auf 14 910 062 000 Kronen gegen 12 573 315 000 Kronen des Jahres 1923 angewachsen ist. Doch wird die Freude gleich sehr gedämpft, wenn man das dazu beträchtliche Anwachsen der Einfuhrmärkte zum Vergleich heranzieht, wodurch die aktive Handelsbilanz, die für das Jahr 1923 noch mit 2.351.027.000 Kronen abschloß, in den ersten elf Monaten des Vorjahrs je auf 869 406 000 Kronen herabsank.

Höchst bemerkenswert ist dabei der Anteil der einzelnen Staaten an dem zwischenstaatlichen Warenaustausch. In der Einfuhr schreitet alles weit voran Deutschland, welches im Jahre 1924 (elf Monate) mit 35,22 Prozent an der Gesamteinfuhr in die Tschechoslowakei beteiligt ist, in weitem Abstand folgt als zweitwichtiges Einfuhrland Österreich mit 7,96 Prozent. Geradezu flächig nimmt sich der Anteil Frankreichs mit bloß 3,45 Prozent der Gesamteinfuhr aus. Bei der Ausfuhr steht Österreich an erster Stelle mit 21,09 Prozent, Deutschland mit 19,63 Prozent der Gesamtausfuhr, während Frankreich nur mit einem Prozentsatz von 1,73 Prozent teilnimmt, wobei der Anteil dieses Staates von dem zwischenstaatlichen Warenverkehr in den letzten Jahren ständig abnimmt. In der äußeren Politik geht man allerdings an dieser Wirtschaftstatsache ersten Ranges unentwegt vorüber.

Das Auslingen der Krisenzeiten findet seinen angehenden Ausdruck in der Abnahme der wirtschaftlichen Zusammenbrüche. Den 760 Konkursen des Jahres 1923 stehen nur 478 in den ersten elf Monaten des Vorjahrs gegenüber. Dafür hat sich wieder die Zahl der größeren Zahlungseinstellungen gehoben; so kam es, daß die Summe der Konkurspassiven mit 184,4 Millionen Kronen nur wenig hinter der entsprechenden Ziffer des Jahres 1923 mit 211,6 Millionen Kronen zurückbleibt. Freundlicher sieht es bei den gerichtlichen Ausgleichsverfahren aus. Hier ist die Gesamtzahl von 2874 des Jahres 1923 in den ersten elf Monaten von 1924 auf 1767 herabgesunken, die Gesamtpassiven gingen von 1420,9 Millionen Kronen auf 946,2 Millionen Kronen zurück.

In gar keinem Verhältnis zu der Abnahme der wirtschaftlichen Zusammenbrüche steht das Abschauen der sogenannten Gründungsstäigkeit. Wenn man auch das Erklären des Gründungsfiebers, das der Tschechoslowakei in den ersten Jahren der Nachkriegszeit so viel lebensfertige Wirtschaftsfähigkeiten beschert hat, gerade nicht beklagen muß, so ist es doch eine recht bedenkliche Erscheinung, daß im Jahre 1924 nur 54 Bewilligungen zur Errichtung von Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 302 Millionen Kronen erteilt wurden, wohingegen das Jahr 1923 an 113 Aktiengesellschaften mit 902 Mill. Kronen Aktienkapital erstmals fahrt. Und dabei beziehen sich die Bewilligungen des Vorjahrs zumeist auf Nostrifikationen und die Umwandlung von Gesellschaften in b. Haftung in Aktiengesellschaften. Demgemäß haben sich auch die Fälle einer Erhöhung des Aktienkapitals verringert. 25 Aktiengesellschaften haben ihr Kapital um 189 Millionen Kronen erhöht, im Jahre 1923 taten dies 30 Unternehmungen mit einer Kapitalsvermehrung um 312 Millionen Kronen. Einen vollends lächerlichen Eindruck hinterlassen die Bilanzen aus dem Jahre 1924, indem eine beträchtliche Anzahl von Gesellschaften Verlustbilanzen aufweist. Viele andere arbeiteten nur mit einem so unbedeutenden Gewinne, daß von einer Dividendausschüttung Abstand genommen werden mußte.

Ein unverkennbarer Fortschritt ergibt sich jedenfalls in der Bewegung der Zahl der Arbeitslosen. Im Januar 1923 werden ihrer fast eine halbe Million, nämlich 441 075, verzeichnet; ihre Zahl sinkt im Juli 1923 bereits auf 216 720 zurück. Im Januar 1924 beträgt ihre Zahl nur mehr 193 105, von da an geht es nach einer unbedeutenden Erhöhung im Februar des Vorjahrs in mehr oder weniger großen Abschlägen bis auf 79 376 im Juli 1924 zurück; nun verlangsamt sich die Abwärtsbewegung, bis sie im Oktober 1924 auf die Zahl von 71 938 herabfällt.

Diese wirtschaftliche Lichseite wird aber sogleich durch den Schatten verdüstert, den die Teuerungswelle bereits im



mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen
Reklameteil 45 Groschen.

Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Die Beschlüsse des deutschen Tages in Łódź.

Die Schlussrede. — Ansprachen der Abgeordneten. — Die Resolutionen. — Schulfrage. — Wirtschaftliche Lage. — Verwaltungsfragen.

Wir berichteten bereits über den deutschen Tag in Łódź und über die Punkte, die in der ersten Verhandlungszeit zur Besprechung gelangten. Die darauf folgende Sitzung versammelte die Teilnehmer abermals in gleicher Zahl, um die Referate der deutschen Sejmabgeordneten anzuhören. Als erster Redner sprach der deutsche Sejmabgeordnete

Berthold Moritz-Pommerschen.

Die Łódzer "Freie Presse" berichtet darüber: „In anschaulicher und formvoller Weise gab der Redner eine Darstellung der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft Polens. Er stellte u. a. Vergleiche an zwischen der Landwirtschaft im ehemals preußischen Teilgebiet und im longographischen Teile. Obwohl hier wie dort fleißig gearbeitet werde, gehe der Bauer in stand einer immer größeren Verelassung entgegen. Die Schuld daran trage der Umstand, daß die Landwirtschaft keine Ausfuhr habe. Man müsse auf die Regierung dahin einwirken, daß sie im Auslande Absatzmöglichkeiten für die polnischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse schafft. Des weiteren sprach Abg. Moritz über den Minderheiten-Schulvertrag und dessen willkürliche und häufig ungerechte Auslegung durch die polnischen Verwaltungsorgane. Er kam sodann auf die in der Vorbereitung befindliche Bodenreform zu sprechen und kritisierte verschiedene Mängel der hierauf bezüglichen Vorlage. Die weiteren Ausführungen betrafen die häufig in ganz ungerechter Weise gehandhabte Benutzung der Einkommensteuer, die Redner aufs schärfste verurteilte. Ferner wandte er sich gegen die geplante Einführung einer Sprögensteuer zum Zwecke der Bekämpfung der Viehseuchen. Diese Steuer verfehlt vollkommen ihren Zweck und belaste nur unnötig die Landwirtschaft. Den Schluß der Ausführungen bildete ein Appell zur Einigung und zum Zusammenhalt der Deutschen.“

Abg. Karan-Wołoszynski.

Der als nächster Redner sprach, wies zunächst auf die einfach unbegreifliche Interessenslosigkeit unserer deutschen Volksgenossen am politischen Leben des Landes hin und machte auf die Nachteile aufmerksam, die ihnen daraus erwachsen. In der weiteren Folge behandelte er informatorisch die vom Sejm vorbereiteten Selbstverwaltungsgesetze, wobei er bei Besprechung des dreiflügeligen Verwaltungssystems u. a. auf die verschiedenen scheinbar ganz nebensächlichen Bestimmungen hinwies, auf Grund der man gerade den Deutschen ihre Rechte streitig machen wollte. Redner wandte sich sodann gegen das gleichfalls in Vorbereitung befindliche Pluralstimmrecht, dessen Annahme für uns Deutsche eine empfindliche Niederlage bedeutet würde. Wir müssen dieses System bekämpfen. Wie im Jahre 1922 zum Sejm und Senat, so müssen die Deutschen auch ihre Vertreter möglichst zahlreich in die Gemeinderäte und Kreistage wählen, damit ihre Belange gebührend berücksichtigt werden.

Abgeordneter Josef Spickermann

führte aus: „Wenn man uns hinsichtlich der deutschen Organisation Schwierigkeiten mache, liege die Schuld mehr auf unserer Seite als auf Seiten der Behörden, da sich unsere Deutschen häufig in ganz unnötiger Weise einschüchtern lassen. Der Deutsche Volksverband sei eine vollständig lokale Organisation, die gar nichts zu befürchten braucht. Die weiteren Ausführungen des Redners waren der Schilderung der wirtschaftlichen Lage des Staates gewidmet. Er griff zurück auf die Zeit der andauernden Gelbenwertung und sprach von den Verlusten, die dem gesamten Wirtschaftsleben dadurch zugefügt wurden. Es werde noch lange dauern, bis eine Besserung der Lage eintreten wird. Schuld trage hieran der Chauvinismus gewisser polnischer Kreise, die anstatt praktische Arbeit zu leisten, sich nur damit beschäftigen, ihre Mitbürger anderen Volksstums zu unterdrücken und zu entrichten. Damit werde keine Staatsaufbauende Arbeit geleistet. Das Ausland beobachtet die Vorgänge in Polen mit scharfen Augen, und es ist klar, daß ihm bei solchen Zuständen in bezug auf Krediterteilung usw. ernste Bedenken auftreten müssen.“

Senator Karl Stüldt

schilderte hierauf in gedrängter Form die Schwierigkeiten, die sich den wenigen deutschen Vertretern inmitten der erdrückenden polnischen Senatsmehrheit entgegenstellen. Die Deutschen seien nur in 5 von 7 Kommissionen vertreten. Gerade in den wichtigsten Ausschüssen, in der Schul- und Budgetkommission, haben die Deutschen keine Vertreter. Zum Schluß schilderte er kurz das Verhältnis zwischen Sejm und Senat in bezug auf deren gesetzgeberische Tätigkeit.

Der Hauptverbandsvorsitzende, Abg. Utta, verlas hierauf eine inzwischen eingegangene Glückwunschnachricht des deutschen Abg. Domherrn Alinie-Posen, und sodann den Wortlaut folgender

Resolutionen:

I. In der Schulfrage:

„Unsere Väter haben bei ihrer Einwanderung nach Polen von den damaligen Regierungen eine vertragsmäßige Zusiche-

stram aufwärts, nämlich von 965 auf 1031 im Dezember 1924. Das Verhängnisvolle daran ist, daß diese Steigerung gerade höchst unentbehrliche Bedarfsgegenstände betrifft, wie Roggen, welcher sich um 60,4 Prozent, Gerste, die sich um 78,1 Prozent und Roggenmehl, das sich um 47,7 Prozent verteuerte. Die Jahreswende ist demnach gekennzeichnet durch den Übergang von der Absatzkrise zu einer neuanhenden Verbraucher- und Erzeugungskrise.“

zung erhalten, daß sie die volle Freiheit in der Pflege ihrer Sitten, ihrer Sprache und ihres Glaubens für immer geniehen sollen. Sie haben auch von diesen ihnen freiwillig gewährten Rechten Gebrauch gemacht und in allen deutschen Siedlungen Grundstücke erworben und Schulen, Bethäuser oder Kirchen darauf gebaut. Diese Kulturstätten haben wir, ihre Nachkommen, im Laufe von Jahrzehnten mit großer Sorgfalt gehütet und erhalten. Sie sind uns lieb und teuer geworden. Gegenwärtig wird uns dieses teure Erbe unserer Väter enteignet und oft auf eine unerhörte Weise mit Gewalt abgenommen. Die Provincial-Schulbehörden unternehmen alles, um unser Schulwesen vollständig zu vernichten. Trotz der bestehenden Vorschriften über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache wurden im Laufe der letzten fünf Jahre über 300 deutsche Schulen geschlossen. Dabei bedient man sich oft ganz unverdiger Mittel. Einzelne Schulinspektoren üben auf die Lehrerschaft einen Druck aus, damit diese auf einem ungesetzlichen Wege systematisch die deutsche Unterrichtssprache durch die polnische erlernen. Die Lehrerschaft, welche immer noch die vorgeordneten Prüfungen nicht bestehen konnte und auf Gnade und Ungnade des Schulinspektors angewiesen ist, gibt in vielen Fällen um des Brotes willen nach.“

Durch ein künstlich geschaffenes Schulnetz werden alte deutsche Schulkomplexe zerstört und die deutschen Kinder in polnische Schulen verteilt.

In einzelnen Dörfern (Olszowa, Swoboda-Swientowicka, Bogdanów usw.) wurden sogar unerhörte Gewaltmittel zur Verdrängung der Deutschen aus ihren Schulen und Bethäusern angewandt. Die Bethäuser wurden entweicht und geschändet. Die Zentralregierung läßt fast alle unsere Beschwerden unberücksichtigt. Wir sind auf diesem Gebiet fast ganz rechts und schullos.

Wir erheben gegen solche Vergewaltigung der uns durch die Konstitution verbrieften Rechte auf unbeschränkte Pflege unserer Sprache in Schule und Kirche einen energischen Einspruch und fordern:

1. Schleunige Regelung des deutschen Schulwesens in Polen durch die Gewährung einer kulturellen Selbstverwaltung der deutschen Minderheit;

2. Zurückgabe der enteigneten deutschen Schulgrundstücke und Häuser an die deutsch-evangelischen Gemeinden;

3. Unverzügliche Wiederanstellung aller im Sommer vorjährigen entlassenen deutschen Lehrer, sofern sie durch qualifizierte Kräfte nicht ersetzt werden können;

4. Versetzung aller deutschen Lehrer aus polnischen in die deutschen Schulen;

5. Gewährung von Öffentlichkeitsrechten an unseren privaten Mittelschulen.

II. In Kirchenangelegenheiten:

Die Versammlung drückt ihr Bedauern darüber aus, daß in unserem Staate das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Staate immer noch nicht geregelt wurde.

III. Zur wirtschaftlichen Lage:

Die Versammlung stellt fest, daß die Steuerbelastung außergewöhnlich stark ist und die wirtschaftlich schwächeren Schichten unseres Volkes zum völligen Ruin führen müssen. Die Steuerämter funktionieren schlecht. Das Land wurde nicht entsprechend klassifiziert, und die Steuerlasten sind nicht gleichmäßig verteilt.

Die rücksichtslose Eingezwingung der zu Unrecht auferlegten Steuern führt zur völligen Vernichtung vieler Existenz.

Die Herren Abgeordneten werden aufgefordert, in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte zu unternehmen, damit hier Wandel geschaffen wird.

IV. In der Verwaltungsfrage:

Da die höheren Polizeiorgane das Aufnehmen vieler Strafprotokolle durch die Polizeibeamten als eine Tüchtigkeit im Dienst ansehen, so hat die ländliche Bevölkerung unter diesemobel stark zu leiden. Sie wird für die geringsten Ordnungsvergehen mit schweren Strafen belegt. Die Herren Abgeordneten werden erucht, in dieser Angelegenheit beim Innensenator vorstellig zu werden.

Sämtliche Resolutionen gelangten einstimmig zur Annahme.

Der Vorsitzende erteilte sodann noch Herrn Rathss-Beier das Wort, der Herrn Abg. Utta für die Mühe und die Gründung dieser Organisation seinen Dank aussprach. Die weiteren Ausführungen des Redners stellten einen Rückblick auf die Entwicklung des Deutschstums in Polen dar. Mit der Aufforderung, treu zur deutschen Sache zu halten, schloß die Rede.

Damit fand die Sitzung ihren Abschluß.

Aus dem Tert des Konfords mit Polen.

Die Konfordsverhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl sind zum Abschluß gekommen. Über den Tert des Konfords verlaubte bisher nichts oder nur sehr Ungenaues. Nunmehr liegen uns Auszüge aus diesem Konfordat vor, die wir nachstehend unter Vorbehalt veröffentlichen. Über die genauere Auswirkung und Auslegung, über den Einfluß des Konfords wird noch in der nächsten Zeit gesprochen werden müssen.

Art. 1: Die katholische Kirche ohne Unterschied des Ritus wird in der Republik Polen volle Freiheit haben. Der polnische Staat sichert der Kirche freie Ausübung ihrer geistlichen Gewalt und ihrer Jurisdiktion, ebenso wie auch freie Verwaltung und Verfügung über ihre Rechte und ihr Vermögen.

Art. 2: Bischöfe, Geistlichkeit und Gläubige können sich frei und unmittelbar an den heiligen Stuhl wenden.

Art. 3: Die Berechtigungen des apostolischen Nuntius in Polen werden auf das Territorium der Freien Stadt Danzig ausgedehnt.

Art. 9: Kein Teil der polnischen Republik wird von einem Bischof abhängig sein, dessen Sitz sich außerhalb der Grenzen Polens befindet. Die katholische Hierarchie in der polnischen Republik wird in folgender Weise organisiert:

A. Lateinischer Ritus: I. Kirchenprovinz Gnesen-Posen umfaßt das Erzbistum Gnesen-Posen, die Diözese Culm (Chenno) und Diözese Błogawel (Brieg-Poznań).

II. Kirchenprovinz Warschau besteht aus den Erzbistümern Warschau, den Diözesen Plock, Sandomirz, Lublin, Podlesie und Lobs.

III. Kirchenprovinz Wilna umfaßt Erzbistum Wilna, Diözese Lomza und Pinsk.

IV. Kirchenprovinz Lemberg, Diözese Przemysl und Lici.

V. Kirchenprovinz Krakau, Erzbistum Krakau, Diözese Tarnow, Kielce, Czestochowa und Schlesien.

B. Griechisch-katholischer Ritus. Kirchenprovinz Lemberg, Erzbistum Lemberg, Diözese Przemysl und Stanislaw.

Der heilige Stuhl wird keine Veränderungen in der obigen Hierarchie ohne Verständigung mit der Regierung vornehmen.

Art. 11: Die Wahl der Erzbischöfe und Diözesanbischöfe steht dem heiligen Stuhl zu. Seine Heiligkeit ist einverstanden, sich vor der Ernenntung der Erzbischöfe, der Diözesanbischöfe und der Abdiutoren cum iure successionis, sowie der Hilfsbischöfe an den Präsidenten der Republik zu wenden, um sich zu vergewissern, daß der Präsident nicht gegen diese Wahlen aus politischen Gründen eingewichen hat.

Art. 12: Die obengenannten geistlichen Würdenträger legen vor Übernahme ihrer Tätigkeit in die Hände des Staatspräsidenten einen Treueid ab.

Art. 13: In allen öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der höheren Schulen (Universitäten) ist der Religionsunterricht obligatorisch. Dieser Unterricht wird von Lehrern gegeben, die von den Schulbehörden ernannt sind, welche sie ausschließlich aus den Personen auswählen werden, die von den geistlichen Behörden zum Religionsunterricht ermächtigt sind.

Art. 14: Die der Kirche gehörigen Güter werden nicht gegenstand irgend eines Rechtsaktes sein, der ihre Bestimmung ändert, außer mit Einwilligung der geistlichen Behörde, abgesehen von Fällen, die im Gesetz über die Enteignung zur Regulierung von Befahrswegen, Flüssen, zum Staatschutz und ähnlichen Zwecken bestimmt sind.

Art. 15: Auf dem Gebiet des polnischen Staates können ohne Erlaubnis der polnischen Regierung keine Propsteipräfunde erhalten: nicht naturalisierte Ausländer und Personen, deren Tätigkeit dem Staatsinteresse widersetzt. Wenn die Behörde gegen einen Geistlichen den Vorwurf erhebt, daß seine Tätigkeit den Sicherheit des Staates widersetzt, so legt der zuständige Minister bei seinen geistlichen Vorgesetzten die erwähnten Vorwürfe vor, worauf dieser im Einverständnis mit dem Minister im Verlauf von drei Monaten die geeigneten Maßnahmen trifft.

Art. 16: Der polnische Staat erkennt die Rechte der Rechtspersonen, Kirchen und Orden auf alle beweglichen und unbeweglichen Güter, Kapitalien und Einkünften, sowie andere Rechtstitel, die sie gegenwärtig auf polnischem Gebiet besitzen, an. Die Frage der Güter, die der Kirche von den Russen geraubt wurden und die sie gegenwärtig auf polnischem Gebiet befinden, wird durch einen späteren Vertrag geregelt. Bis zu dieser Zeit sichert der Staat der Kirche eine jährliche Dotierung. Im Falle der Parzellierung des Grundbesitzes eines Seminars oder einer Propsteipräfunde bleibt das Eigentum der Kirche ein Landbesitz bis 100 Hektar für einen Bischof, 180 für ein Seminar und 15-30 für eine Propsteipräfunde, je nach der Qualität des Bodens.

Art. 17: Der heilige Stuhl beendet innerhalb von 3 Monaten vom Inkrafttreten des Konfords ab im Einverständnis mit der Regierung die Begründung und Begrenzung der Kirchenprovinzen und Diözesen.

Zusatz A. Besoldung der Geistlichkeit. Die

Monatsbesoldung beträgt nach der vermehrten Besoldung für Staatsbeamte für Kardinale 2500 Punkte, sowie 800 Zloty für die Unterhaltung von Kaplänen usw. Erzbischöfe 2000 Punkte, sowie 600 Zloty für Kapläne, Diözesanbischöfe 1700 Punkte, sowie 600 Zloty, Hilfsbischöfe 1250 Punkte. Mitglieder von Domkapiteln 600 Punkte, Präste 270 Punkte, Seminarprofessoren 600 Punkte.

Das Konfordat wurde am 10. Februar d. J. durch Kardinal Gaspari, dem polnischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl, Wladyslaw Grabski, und durch Stanislaus Grabski unterzeichnet.

Mit dem Tert des Konfords wird sich die Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu befassen haben.

Es ist noch zu bemerken, daß der authentische Wortlaut des Konfords noch nicht bekannt ist.

danken wir Euer Exzellenz herzlich für diesen neuen Beweis der kindlichen Anhänglichkeit. Uns reicht es aus, wir den kleinen Wunsch verdienstlichen Glückes für Eure Exzellenz und immer größeres Gedächtnis für Euer edles und uns so teures Land.

Die obersten Militärbehörden.

Die Militärkommission hat die Beratungen über den Gesetzentwurf von der Organisation der obersten Militärbehörde beendet. Nachdem der Referent Dr. Stefan Tabrowski das Wort ergreifen hatte, wurde über einen Antrag des Abg. Poniatowski von der Wyżownica-Gruppe abgestimmt der dafür eintrat, daß ein Teil des Gesetzes zur Erlangung im Wege der Vollmachten überreicht werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag des Abg. Liebermann von den Sozialisten bereitete Eintritt in die ausführliche Diskussion wurde angenommen.

Die Anleihe.

Der Finanzminister wird im Sejm ein Gesetz einbringen über die amerikanische Anleihe, die die Regierung ermächtigen soll Staatsobligationen bis zur Höhe von 50 Millionen Dollar zu emittieren. Die Anleihe wird zum Teil für den Bau von Eisenbahnen und außerdem für die Bildung eines staatlichen Wirtschaftsunds verwandt werden, der als Kreditquelle dienen wird für Industrie, Handel und Landwirtschaft.

Unsere Barmats.

In einer der letzten Sitzungen der Sejmkommission für Verkehrsfragen trug der Eisenbahnminister Dr. Tyska die Resultate der Prüfung der Forstwirtschaft im Gebiet der Eisenbahndirektionen von Wilna und Radom vor. Die Untersuchungen erwiesen den hohen Willen von Eisenbahnbeamten und sehr beträchtliche Verluste für den Staatsfiskus, die auf 1 Million Zloty berechnet werden. Eine Reihe von Beamten wurde aus diesem Anlaß des Amtes entbunden. Auf Antrag des Abg. Raczkowski von der Christ.-Dem. hat die Kommission die Regierung aufgefordert, die ganze Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu überweisen, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Zum deutschen Konflikt mit Rumänien.

Wir brachten eine Meldung aus Berlin, die auch von verschiedenen großen Berliner Blättern weitergegeben worden war, und in der ein Berichterstatter aus Bukarest berichtet, daß gegen die Reichsdeutschen in Rumänien scharfe Repressionsmaßnahmen erlassen worden sind. Wie wir heute telegraphiert erhalten, sind Repressionsmaßnahmen noch nicht ergriffen worden, sie werden erst erwogen und sollen u. U. in der kommenden Woche zur Anwendung kommen. Es ist jedoch an die Staatsbehörden vom Finanzministerium ein Rundschreiben erlassen worden, welches anbefiehlt, alle in Deutschland getätigten Bestellungen zurückzunehmen. Die Finanzbehörden werden gleichzeitig angewiesen, Vorbereitungen zur Konkurrenz der deutschen Vermögen zu treffen und die Liquidationsmaßnahmen zu beschleunigen. Die Zollbehörden haben jedoch noch keine Anweisung erhalten, die deutschen Waren besonders zu behandeln. Bestimmt ist aus Bukarest nicht zu erfahren, da die Regierung sich sehr reserviert verhält.

Eine deutsche Note an Rumänien.

Von rumänischer Seite ist wiederholt behauptet worden, daß Deutschland entschlossen sei, seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag gegenüber Rumänien nicht nachzukommen. Deutschland bestreitet alle sich aus diesem Vertrage ergebenden rumänischen Ansprüche. Diese Darstellung ist irreführend, wie die am 28. Januar d. J. von dem deutschen Gesandten in Bukarest der rumänischen Regierung übergegebene deutsche Note beweist. Diese Note belegt im wesentlichen:

"Deutschland ist bereit, alle noch schwelbenden Fragen bezüglich der rumänischen Ansprüche aus dem Versailler Vertrag einer umfassenden und abschließenden Regelung zuzuführen. Durch den Dawes-Plan und das Londoner Abkommen ist für diese Regelung eine neue Rechtsgrundlage geschaffen worden. Die deutsche Regierung hält es für möglich, im Namen dieser neuen Rechtslage zu einem für beide Teile annehmbaren Abkommen zu gelangen. Allerdings kann Deutschland in der Frage der Banca-Generala-Noten einen Anspruch Rumäniens nicht anerkennen, wie dies der Königlich rumänischen Gesandtschaft in Berlin wiederholt eingehend dargelegt worden ist. Der Versailler Vertrag, der alle Fragen aus dem Kriege regelt, legt Deutschland keinerlei Verpflichtungen bezüglich der Banca-Generala-Noten auf. Die Entscheidung der Reparationskommission, daß diese Forderung nicht unter die Bestimmung des Artikels 259, Ziffer 6, des Vertrages von Versailles fällt, bestätigt übrigens diese Auffassung. Dagegen wird es möglich sein, die Verhandlung über das zurzeit in Vorbereitung befindliche Substitutionsabkommen wegen der Verpflichtungen aus Artikel 238 des Vertrages von Versailles in zufriedstellender Weise zu beenden."

Die deutsche Regierung ist ferner bereit, sich an den von der österreichischen Regierung angeregten Verhandlungen in Wien im nächsten Monat zu beteiligen, bei denen die Forderungen der rumänischen Regierung aus Artikel 259 des Vertrages von Versailles im Zusammenhang mit dem Bukarester Vertrag erörtert werden sollen. Bei diesen Verhandlungen steht die deutsche Regierung einer Spezifikation der rumänischen Forderungen aus dem genannten Artikel im einzelnen entgegen. Der Mangel einer Spezifikation der Einzelforderungen aus Artikel 259 hat es bisher verhindert, daß die deutsche Regierung ihrerseits zu den rumänischen Vorschlägen Stellung genommen hat. Eine solche Spezifikation ist nach Auffassung der deutschen Regierung unerlässlich, um die nötige Grundlage für die auch von der deutschen Regierung angezeigte Einigung über die Höhe der rumänischen Ansprüche zu schaffen. Deutschland hält es für angezeigt, schon jetzt seinen Standpunkt dahin zum Ausdruck zu bringen, daß neben den Verpflichtungen Deutschlands aus Artikel 238 auch seine Verpflichtungen aus Artikel 259 des Vertrages von Versailles durch die von dem Sachverständigenplan und dem Londoner Abkommen festgesetzten Jahreszahlungen Deutschlands abzudecken sind. Da nach Kapitel XI Teil X des Sachverständigengutachtens alle Kosten der Alliierten aus dem Kriege, deren Erfüllung sie von Deutschland verlangen können, durch die in dem Dawes-Plan festgesetzten Annuitäten abgegolten werden müssen, stellen die Jahresleistungen das Maximum der deutschen Leistungen gegenüber den Alliierten dar, über deren Beitrag hinaus Deutschland zu keinen Zahlungen verpflichtet ist. Im Hinblick auf das von der rumänischen Delegation auf der Londoner Konferenz überreichte Memorandum glaubt die deutsche Regierung mit der rumänischen Regierung bezüglich des Zahlungsmodus der rumänischen Forderungen aus dem Vertragsvertrag einig zu sein."

Die Spannung steigt.

Budapest, 19. Februar. Die Blätter bringen weitere Einzelheiten über die Vorgänge in Rumänien. Dem Pester "Lloyd" wird aus Bukarest gemeldet, daß seit Mittwoch vormittag die Güterabfertigungen der Bahnen und der Schifffahrtlinien keine Transporte und Güter nach deutschen Stationen mehr annehmen.

Im Hauptpostamt verlunden Anschläge, daß Telegramme nach Deutschland nur auf eigene Gefahr des Absenders befördert werden. "Budapesti Girle" meldet aus Bukarest: Hier hat man den Eindruck, als stände man wieder in den Augusttagen des Jahres 1918, als Rumänien in den Krieg gegen die Mittelmächte zog. Studenten und viel Bösel durchzieht die Straßen mit Schmährufen auf die Deutschen unter dem Absingen nationaler Lieder.

Republik Polen.

Vom Senat.

Der Senat nahm am Donnerstag das Gesetz über die Normen der Diäten und Beleidungen von Ärzten als Sachverständige in den drei westlichen Wojewodschaften in dem vom Sejm beschlossenen Wortlaut unverändert an. Ebenfalls unverändert gelangte der Gesetzentwurf über die Änderung des § 6 des Gesetzentwurfs über die Advokatur im ehemals oberschlesischen Teilstück, sowie die Novelle zum Gesetz über die Übernahme von Land in den östlichen Wojewodschaften in Staatsbesitz und die Landüberreitung an Soldaten zur Annahme. Gegen das Gesetz sprach der Senator Karpiński vom Klub der Ukrainer. Ferner nahm der Senat den Gesetzentwurf über die Abzüge von den Militärbesoldungen mit einigen Änderungen und eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, mit Kreditinstituten möglich eine Verständigung herbeizuführen zwecks ermöglichen der Aufnahme von Darlehen durch Militärpersonen.

Schnelle Beendigung.

Man meldet, daß die wichtigsten Schwierigkeiten in den polnisch-tschechischen Verhandlungen überwunden worden seien und zwar die Frage des polnischen Transits durch Tschechien und des tschechischen Transits durch Polen. Es wird eine schnelle Beendigung der Verhandlungen erwartet.

Was wir unbedingt brauchen!

Der "Dzienn. Polski" meldet, daß in einer der Sitzungen des Minniterates ein Antrag des Landwirtschaftsministers einließ über die Einschaltung eines Agrardienstordens.

Das Rundschreiben.

Linksblätter äußern die Meinung, daß die Angelegenheit des Rundschreibens des Innensenators Ratajski über die Abgeordnetenvorstellungen in den Ostmarken in der nächsten Woche besprochen werden wird.

Abschiedsbesuch.

Die "Agencja Wschodnia" meldet aus Warschau: Der urürkende Präsident des Senats, Oberst de Nehring, reiste in Begleitung des Admirals Poniatowski nach Warschau, wo er dem Ministerpräsidenten Grabowski und den Ministern, mit denen er in Verbindung stand, Abschied nehmen wird. Am 3. März fährt er nach Genua, wo er auf der Session des Volksbundes anwende. Nach der Erneuerung seines Nachfolgers fährt er nach Danzig zurück, um dem Nachfolger die Geschäfte zu übertragen.

Entlassungen.

Am Nordfeld des Starostam in Königshütte sollen im Laufe des Monats 200 Arbeiter, meist Familienwäter, entlassen werden.

Grußwunsch des Papstes.

Der Stadtrat Görlitz hat vom Papst aus Rom folgende Depesche erhalten: Dies grüßt von dem Schreiber das Eure Exzellenz und euren und im Namen ganz Polens an uns zu richten geruhet,

Vom Sejm.

Der Sejm ging gestern an die erste Lesung der Novelle zum Gesetz vom 15. August 1920 über die Durchführung der Agrarreform. Der Abg. Poniatowski von der Wyżownica-Gruppe führte aus, daß das Projekt sich zur Förderung nicht eigne, weshalb die Wyżownica nicht für die Verweisung des Entwurfs an die Kommission stimmen würde. Abg. Osięcki von der Piasenbarter erklärte, daß sein Klub entschieden gegen das Projekt sei. Doch sei er mit Rücksicht darauf, daß das Gesetz aus dem Jahre 1920 auf dem toten Punkt anlangte, genötigt, sich für die Verweisung des Projektes an die Kommission zu erklären, die sicherlich seine Mängel in beträchtlichem Maße werde zu ergründen vermögen. Abg. Wołoszowski von der unabhängigen Bauernpartei forderte die Regierung auf, im Laufe eines Monats ein neues Projekt einzubringen über die Erteilung von Land ohne Auktions. Abg. Kawapiński von den Sozialisten erklärte, daß das Regierungsprojekt ihn gar nicht befriedige. An der Diskussion beteiligten sich noch die Abgeordneten Małkowski vom Klub der Ukrainer, Pałaszewski, Taraszkiewicz von den Weißrussen und Socha vom Bauernbund, die gegen das

Die ganze große Liebe.

Es gibt auch auf Erden unter den Menschen eine Macht, von der man wohl sagt, sie könne Unmögliches möglich machen, sie könne Wunder vollbringen, sie leiste wenigstens, wenn es sein müsse, Übermenschliches. Kennen wir diese Grokmacht? Paulus hat von ihr einen wundervollen Psalm gesungen: "Sie sucht nicht das Ihre, sie verträgt alles, sie glaubt alles, sie hoffet alles, sie duldet alles." Wahrlich, die Liebe trägt eine Wunderkraft in sich! Was vermag Mutterliebe! Was schafft tapfrige Bruderliebe! Man gehe einmal durch Vater Bodeschwinghs Anstalten in Beihel, und man steht still vor Wundern einer unermesslich tiefen, selbstverleugnenden, alles Elend herzlich umspannenden Liebe. Ja, was kann heilige Liebe! Es gibt kaum größeres Wunder, als wenn ein Mensch eines anderen Sünde und Schuld ganz ausstreichen, ganz vergeben kann. Das ist die ganze große Liebe, wie sie uns in Jesus Mensch geworden erscheint.

Iseu Wunder sind nirgends aufdringliche Proben seiner Macht. Das "Seht, was ich kann!" mag wohl einen Menschen treiben, sein Können vor der Welt prahlig zu zeigen. Iseu liegt nie etwas an der Offentlichkeit seiner Wunder. Seine größten Dinge vollbringt er still und sehr geringe. Das ist die Weise der Liebe, die nicht sich selber sucht. Seine Wunder sind Taten einer göttlichen Liebe.

Das macht uns Iseu Wunder wert. Ja, sie sind Gottespuren, aber diese Spuren haben nichts Schreckendes an sich, sie predigen nur mit der Tat, was seine Predigten mit Wörtern verkündigen: "Er selbst, der Vater, hat euch lieb," sie zeigen uns die ewige Liebe am Werk, die Wunden zu heilen, die die Sünde der Welt geschlagen hat.

Iseu hat den Seinen verheißen, sie sollen Größeres vollbringen. Ist unser Lieben so göttlich, so stark, so heilig, daß es Wunder der Liebe vollbrächte? Die ganze große Liebe lebt doch nur in Ihm!

D. Bleu-Posen.

Die römischen Königsrennen.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Flatternde Wimpel vor dem klassischen Hintergrund der Via Appia, die Königsstandarte vor dem Grabmal der Cecilia Metella, die stolze Inschrift S. P. Q. R. vor den traumhaft dahinschreitenden Aquädukten — Rom ruft auf zur Schlacht! Der König selber stiftete den Großen Preis und übernahm das Protektoriu. Die Einnahmen kommen Kriegswaisen zugute, aber international ist die Schar der Bewerber, und nicht fehlen die Farben ehemaliger Feinde. Österreich schickt seine Auto-Daimler ins Treffen, Deutschland seine Mercedes, den Sieger der Targa Florio an der Spize: Werner.

Es wird hart auf hart gehen. Die Zahl der eingeschriebenen Kämpfen um dieses erste römische Automobilrennen läßt erahnen, alle Erwartungen übertreffend, ins Unheimliche. Dreieinhalbzig bei Nennungsschlus! Doppeltaus auf eine verhältnismäßig winzige, man möchte sagen städtische, lokale, aber an gefährlichem Kurvenreichtum mit Sigillini konkurrierende Strecke!

Denn das ist das Eigenartige an den Königsrennen, die gelingen sie, jedes Jahr wiederholt werden sollen. Start und Ziel liegen sozusagen mitten in der Hauptstadt, am Tiber bei den Kaiserruinen, und die Bahn ist keine andere als die jedem Rombesucher bekannte Ringstraße des Monte Mario hinauf, den ebenso durch seine Stadtübersicht wie seine Garteneinheiten berühmten idyllischen Vergnügung, in dessen Kloster einst Franz Liszt wohnte. Und hier soll sich also nicht nur das übliche Vergnügen für Tourenwagen, sondern auch, dafür wünscht die Königsprämie, ein Schnellfahrsrennen abspielen. Auf der — nomina sunt dies

mal höchstens nicht odiosa, sondern verheißungsvoll — Via Sacra nicht so geschaufelt wie ein gewöhnliches Segelschiff.

Am Sonntagmorgen um 9 Uhr wird das Via gegeben. Ein Teilung nach Zylinderklassen. Man wird Vergleiche bis zum Charakter einer Richtigkeitsstabelle anstellen können. Hübsche Pilotenwagen neben den dröhrenden Urgetümern der Eisenbahnen, Salmon und Amilcar, Chiribiri und Bugatti. Die leichteren versuchen bereits durch das quantitative Aufgebot zu erdrücken: nicht weniger als zehn Wagen. Vier O. M., dann eine neue Marke: Aurea. Auch die Fiat erinnern nur von ferne und ganz zaghaft durch einen einzigen Streiter an ihre ruhmvreiche Vergangenheit. In der dritten, der zweitstarken Kategorie erscheinen wie gewohnt die Mercedes, das schönste Element auf die auch durch die deutsche Presse gegangene Meldung, Mercedes sei infolge des Unfalls von Monza rennmäde geworden und wolle keine internationales Rennen mehr bestreiten. Nummer 5: Werner. Feder empfindet: Aufstieg zu Sizilien! Nummer 6 trägt Graf Bonmartini, während Graf Masetti, der bekannte Herrenfahrer, diesmal zu Bugatti übergegangen ist. An Überraschungen ist also kein Mangel. Dann Daitto, Bianchi und — wir kommen zu den Driftstirren — Fas, Itala und der Favorit: Alfa Romeo, Sieger von Monza und Monza. Ruggeri, Nardi und Ginaldi verteidigen seinen Ruhm in dieser von Mercedes nicht bekämpften Klasse. Über drei Litter: zwei Itala, je ein Mercedes (Tefaroni), Ballot (Brilli), Daitto (Maserati) und Alfa Romeo (Minozzi).

Ein richtiges Rennen mit Totalisator und Buchmachern! Der Vater des Gedankens, der römische Automobilclub, kennt seine Pappenheimter, die hier Quiriten heißen. Die anderen Anziehungspunkte in diesen letzten Kartenspielen, die der Römer im Kreis zu verbringen pflegt, sind natürlich Mussolini und der König. Sagat der Papst wird versichert, werde mit dem Felsstecher von den vatikanischen Palästen aus den Kampf beobachten! Dazu die strahlende Frauenschönheit der Patronessen, der Glanz des diplomatischen Korps bei beiden Höfen, das internationale Fremdenpublikum — ganz Rom wird auf den Beinen, Dächern, Bäumen und Tibermauern sein.

Mitten in der Nacht zum 22. Februar beginnt dann die ernste sportliche Arbeit der Tourenmaschinen. Auch hier ein unendlich Konkurrenz. Premio romano del turismo. Die erste Klasse nennt Amilcar, Salmon, Citroen und Sam, die zweite O. M., Teirano, Aurea, Fiat, die dritte O. M., Fiat, Daitto und Ansaldi, die vierte gleich sieben Dancia, vier Alfa Romeo, einen Autro-Daimler und einen Ford, die fünfte, über drei Litter, nur ein Duett: Fiat und Mercedes.

Die dreitägige Schlacht endet am 24. mit dem Treffen der Motorräder, das der Moto Club von Rom veranstaltet.

Der erst seit drei Jahren bestehende und schon tausend Mitglieder zählende römische Automobilclub hat gut gearbeitet, das übrige hat Rom mit seinem unverstehlichen Zauber getan. O diese Gartenkreise des Monte Mario!

Gustav W. Eberlein.

Zur Fahrt der „Budau“.

Unserer Meldung, daß die „Budau“, das Gleitboot-Rotorschiff, glücklich in England gelandet sei, wird durch folgende Mitteilung der „D. A. B.“ aus Edinburgh ausführlicher ergänzt. Das Rotorschiff „Budau“ ging dort gestern vor Anker und ist dort gegen Abend nach dem Hafen von Grangemouth abgefahren, wo es im Laufe des Tages eintraf. Die „Budau“ kam gegen 3 Uhr nach Edinburgh. Ihre Fahrt glich einem Triumphzug. Als sie sich der Küste näherte, beobachteten zahlreiche Beobachter die Fahrt des Rottschiffes. Es wurde ein Pilot ausgeschickt, der das Schiff an die Küste brachte. Motorboote mit Photodrausen, Zeichner u. s. w. führten dem Schiff entgegen und begleiteten es auf dem Wege in die Bucht. Zu der Reise durch die Nordsee brauchte das Schiff bei stürmischem Wetter vier Tage und vier Stunden, ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß gewöhnliche Frachtschiffe je nach der vermeindlichen Landestraße 3 bis 4 Tage brauchen. Das Schiff legte von der deutschen Bucht bis zur Bucht von Edinburgh 460 Meilen zurück. Von Zeit zu Zeit mußten die Dieselmotoren den Rotoren zu Hilfe kommen.

Herr Fleiner, der die Fahrt mitmachte, äußerte sich sehr befriedigt über das Ergebnis. Er meinte allerdings, daß bei regelmäßigen Winden das Schiff eine noch bessere Fahrt gemacht haben würde. Jedermann aber habe das Schiff trotz des hohen Seganges

wiederholen werden, als unverhältnismäßig.

„Auch wir freuen uns, daß das interessante Schiff glücklich das Ziel seiner ersten Nordseefahrt erreicht hat, als Sinnbild unermüdlichen deutschen Vorwärtsstrebens in Technik und Wirtschaft.“

„Westminster Gazette“ nennt die Leistung des Schiffes, das bei schlechtem Wetter vier Tage und vier Stunden zur Überquerung der Nordsee gebraucht habe, sehr beeindruckend. Die Presse habe die praktische Verwendbarkeit der Gleitboot'schen Erfindung bewiesen.

Dem Sonderberichterstatter der „Daily News“ zufolge erklärt ein Mitglied der Besatzung, die Motoren hätten ausgezeichnet gearbeitet. Das Schiff habe nicht so hart gerollt, wie ein Segelschiff. Gleitboot habe gezeigt, daß das Ergebnis natürlich besser gewesen wäre, wenn man stetigen Wind gehabt hätte. Die Probe sei hart gewesen, aber das Schiff habe sich sehr gut gehalten.

Der Leipziger Eschea-Prozeß.

Nach der abgeschlossenen Vernehmung Neumanns wurde gestern der Angeklagte Alegard Slobolewski aus Russland vernommen, der bekanntlich nach Neumanns Aussage identisch mit Goren alias Hellmuth alias General Wolf sein soll. Slobolewski bestreitet dies, er kennt von den Angeklagten niemanden außer Hule, namentlich kennt er Neumann und Poeg nicht. Erst am 27. Februar 1924 sei er über Frankreich und Holland nach Berlin gekommen, wo er am 24. März verhaftet wurde. Er führt aus, daß er 1916 mit einem Transport russischer Gefangener nach Frankreich gekommen sei. Er habe nach Russland zurück gewollt, mußte aber auf die Erledigung seines Einreisegeuges durch die russische Polizei warten. Er sei von seinem Freunde Hule empfohlen worden, da er ihm Ausweise für den Aufenthalt in Berlin besorgen könnte. Er sei mit einem falschen Pass nach Berlin gekommen.

Der Vorsitzende fragt darauf: Hule soll aber der Verbindungsman von Hellmuth und Neumann gewesen sein. Der Angeklagte antwortet, darauf kann er keine Antwort geben. Darauf schildert der Angeklagte Hule wie er zu seinen Angaben gekommen sei. Er sei erst auf die Aussage Neumanns hin verhaftet worden, der sagte, Hule sei Verbindungsman mit Hellmuth. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Slobolewski in der Revolution führend gewesen sei und ob er der Sieger von Kronstadt sei, antwortet der Angeklagte, davon habe er in der Anklageschrift zum ersten Male gelezen.

Die Kommunistischen Verteidiger bitten außer dem Untersuchungsrichter die Objektivität habe vermissen lassen. Daraus ziehe die Verbindung den Schluss, daß die Aussagen des Untersuchungsrichters mit größter Vorsicht aufzunehmen seien. Der Vorsitzende erklärt, die Protokollierung nach Vernehmung des Untersuchungsrichters vornehmen zu wollen.

Darauf folgte die Vernehmung des Angeklagten Poeg aus Leipzig-Sellerhausen. Zu Beginn der Aussagen gibt Poeg eine Erklärung ab, daß er seine sämtlichen Aussagen, soweit er sie nicht wiederholen werde, als unverhältnismäßig widerufe, da er sie das Ergebnis der monatelangen Inquisition seien. Er will nicht als bewußter Spion gegen die R. P. D. dienen. Schön bei der Verhaftung habe Dr. Hoppenhöfer ihm die halbe Anklageschrift vorgelegt. Im Januar 1919 sei er dem Spartakusbund beigezogen. Im Mai 1919 wollte er in die Thüringendivision einsteigen, um die Leute zu beobachten und aufzusklären. Das geschah ohne Auftrag der Partei, aus eigenem Antrieb. Er kam zum Personalsamt der Brigade in Wilhelmshaven. Als Thüringendivision im Erzigershafen eine Reede hielt, in der er sagte, es sei teilweise mit der Sozialdemokratie abzurechnen, sei er, da er allein stand, ausgetreten und zur Reichsmarine gegangen. Er wollte sich aber nicht verpflichten und ging 1920 wieder nach Leipzig zurück. Hier trat er offiziell der R. P. D. bei. Wie er erklärt, sei er bereit gewesen, sein Leben für die Partei herzugeben. Neumann beauftragte ihn, nach dem Ruhrgebiet zu fahren. Die Nachricht über ein Waffenlager erwies sich als falsch. Hierauf wurde er von Neumann nach Berlin berufen. Dieser sagte: „Ich habe den Auftrag, eine Organisation zu bilden, die sich mit der Kontrolle der Partei und ihrer Führer beschäftigt.“ Der Angeklagte Poeg föhrt fort: Korporative Versprechungen haben wir nicht abgehalten, sondern Neumann hat mir nur Befehle erteilt. Was den Plan gegen General v. Seeckt betrifft,

die Kinder ja nicht. Soll ich sie in zwei möblierte Zimmer jagen? Wo sie auch nicht glücklich sind, wo Uschi niemals eine wirkliche Hausfrau wird, wo Udo keine Stimmung und keine Muße zur Arbeit findet? Und wo alles so teuer, so unerschwinglich für sie sein würde? Nein, nein!“

Und lieber verzichten Sie auf alles, das will mir nicht in den Kopf.“

„Das ist Mutterlos!“

„Nein, nur wenn man seine Ansprüche ans Leben aufgibt, ist man alt und überflüssig, Frau Ellen. So lange man leben, froh sein, genießen will, so lange man Forderungen stellt, braucht man nicht zu resignieren.“

„Ich will es ja auch nicht im weitesten Sinne. Ich will arbeiten, ich werde schon ein Plätzchen irgendwo finden, an dem ich mich nützlich machen kann.“

„Bei Ihren Eltern?“

„Nein, nein,“ rief sie fast angstvoll. „Dort bin ich ja erst recht überflüssig. Dort ist jeder Platz besetzt. Und ich würde seelisch in der Einsamkeit dieses Daseins zu sehr leiden. Ich habe an praktische Arbeit gedacht.“

„Was wollen Sie denn nur tun, um Gottes willen, Frau Ellen?“ fragte er sehr unruhig.

„Es gibt doch manche Möglichkeiten für mich. Ich kann als Haushalte in einen großen Haushalt gehen, in ein Pensionat oder Sanatorium als Leiterin. Irgend etwas werde ich schon finden.“

„Aber das ist ja unmöglich!“ rief er aus.

„Warum unmöglich, mein Freund? Glauben Sie, daß ehrliche Arbeit mich schändet?“

„Das gewiß nicht. Aber nachdem Sie ein langes Leben immer Ihr eigener Herr waren, immer nur für sich selbst arbeiteten, können Sie plötzlich bei fremden Leuten.“ Er brach schweratmend ab. Sie sah seine furchtbare Erregung und begriff sie nicht ganz.

„Wie viele Menschen haben sich in den letzten schweren Jahren umstellen müssen,“ meinte sie. „Warum soll nicht auch ich das können?“

„Können gewiß. Doch der Gedanke ist mir so schrecklich, Sie unter ganz lieblosen Menschen zu wissen. Wie wäre es, wenn Sie in mein Haus kämen, Frau Ellen? Es ist jetzt so leer und verwaist. Meine gute Therese habe ich nun auch den Kindern gegeben, und wenn Sie wirklich nicht nach Berlin zurückkehren wollen, kann ich Uschi sie ja unmöglich wieder fortnehmen. Wie denken Sie über meinen Plan?“ Seine Augen sahen sie in Spannung, förmlich stehend, in Angst und Hoffnung an.

(Schluß folgt.)

(Copyright 1924 by Carl Duncker Verlag, Berlin.)

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(61. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Fritz Remstedt hatte indessen leise mit dem Kellner gesprochen, der jetzt ein ausgesuchtes Biergericht servierte. Suppe, Fisch, Fleisch folgte, alles begleitet von köstlichsten Weinen.

Sie plauderten sehr angeregt, lauschten auf die Weisen der diskreten Musik, die im Nebensaal erklangen, stießen wieder und wieder an. Auf die Zukunft, auf Gesundheit und langes Leben, auf die Kinder. Lächelnd behauptete Ellen, als das Menü gar kein Ende nahm:

„Aber Sie sind ein gar zu großer Verschwender, Herr Remstedt.“

Wenn man schon hierher geht, muß man auch gut essen,“ belehrte er sie. „Ich wollte Sie so gern in fröhliche Stimmung bringen. Und ich weiß, hier bei dem entzückenden Bild und in dem angenehmen Lokal muß man sich wohl fühlen.“

Zum Eis brachte der Kellner Seit. Ellen schaft nun nicht mehr. Sie ließ ihr Glas an das seine klingen, als Fritz Remstedt sagte:

„Auf das Glück unserer Kinder, die sich jetzt wohl schon wiedergefunden haben.“

Nun kam doch wieder eine weiche Stimmung über Ellen. In leichter Rührung trank sie den perlenden Saft. Der Mann fragte:

„Wollen wir jetzt nicht ein wenig über Sie, über Ihre Zukunft sprechen, Frau Ellen?“

„Was gibt es viel von mir zu sagen? Ich denke, einige Tage nehme ich das Angebot Ihrer Gastfreundschaft dankbar an und arbeite Ihnen Ihr neues Mädchen ein!“

„Das kann ich nicht annehmen, meine gnädige Frau, daß Sie für mich arbeiten!“

„Das ist doch keine Arbeit! Und wo Sie Ihre bequeme Therese hergegeben haben für unsere Kinder, möchte ich gern tun, was ich kann, damit Sie nicht zu sehr Ihre gewohnte Behaglichkeit entbehren. Nein, nein, keinen Widerspruch, Herr Remstedt, ich bleibe gern bei Ihnen.“

„Das zu hören, tut mir unendlich wohl, Frau Ellen. Und was wird dann mit Ihnen? Gar zu lange brauchen

Sie unser junges Paar doch auch nicht allein zu lassen, scheint mir. Warum wollen Sie selbst sich Ihres Heims, Ihrer Behaglichkeit beraubten? Schließlich sind es ja keine Flitterwochen, die die Kinder verleben.“

„Es werden ihre zweiten Flitterwochen sein, lieber Herr Remstedt. Schönere vielleicht, als die ersten es waren. Bettelte ganz gewiß. Und dann will ich Ihnen etwas gestehen.“ Sie spielte mit den Blumen an ihrem Gürtel und sah ihn nicht an. „Ich gehe überhaupt nicht zu den Kindern zurück. Ich habe mich ganz und für immer von ihnen geschieden, sie wissen es nur noch nicht.“

„Aber warum denn nur, Frau Ellen?“ forschte er ganz fassungslos.

Weil in diese junge Ehe kein dritter Mensch gehört. In die Ehe wohl überhaupt nicht. Weil eine glückliche Ehe auch auf Ausschließlichkeit aufgebaut sein muß. Das hat Uschi sehr richtig gefühlt, sie hat es ausgesprochen, sie hat darüber gelitten. Udo vielleicht auch, aber wohl weniger. Von Zeit zu Zeit mußten die Dieselmotoren den Rotoren zu Hilfe kommen.

„Sie sind ihr eine Mutter geworden, Frau Ellen.“

Sie schüttelte ernst das schöne Haupt. „Wir wollen uns nicht belügen. Das gibt es nicht. Ich würde für Uschi immer die Fremde, das störende Element in ihrer Ehe bleiben. Ich habe es von Anfang an gewußt. Habe mich selbst betrogen und gehofft, es würde gut werden zu dreien. Immer wieder habe ich es geglaubt, glauben wollen. Es geht nicht. Zwei Frauen, die beide mit eifersüchtiger Liebe denselben Mann umsorgen, diesem Mann notwendig unentbehrlich sein wollen, können nicht in Liebe, in Harmonie miteinander leben. Das habe ich nun ganz klar erkannt. Und da Uschi alle Rechte an Udo hat und ich keine, so muß ich gehen.“

„Hat die Mutter denn keine Rechte, Frau Ellen?“

Sie lächelte wieder sehr schmerlich. „Haben wir Eltern Rechte, mein Freund? Haben wir nicht nur Pflichten? Das wissen Sie doch auch. Wir sollen geben, geben. Wo wir dabei bleiben, kümmert die Kinder wenig. Das ist nun einmal der Lauf der Welt und nicht zu ändern.“

Aber es will mit nicht in den Kopf, daß Sie alles aufgeben! Vielleicht haben Sie recht mit dem, was Sie sagen. Sie haben es erlebt, erlitten. Aber es ist ihr Heim, aus dem Sie gehen. Wenn schon Trennung sein soll, warum bauen die Kinder sich dann kein neues Nest, wie es richtig und gerecht wäre?“

„Daran hindern sie die schweren Zeiten, in denen wir leider leben, Herr Remstedt. Eine Wohnung bekommen

so habe ich das nur für Theater und ein Hirngespinst von Neumann gehalten. Nach der Ermordung Seests wäre die Partei ja noch mehr bedrängt worden. Poeges erklärte weiter, er hätte den Eindruck, als ob Neumann die Gruppenmitglieder nur immer beschäftigen wollte, um sagen zu können, es geschehe etwas. Das „erledigen“ ermorden heißen sollte, war ihm klar, er glaubte aber nicht an den Ernst. Von einer Terrorgruppe habe ich nichts gewußt. Nur in seiner Ratlosigkeit habe er bei der Vernehmung durch Kriminalkommissar Rappenhöfer gesagt, Rappenhöfer habe ihm auch gesagt: „Na, da macht ein Kopf!“ (Bewegung.) Die Waffen habe er nur als Dekoration aufgefaßt. Wenn er zu lügenhaften Auslagen gekommen sei, so schäme er sich deren heute, habe aber das Vertrauen zur Partei verlieren müssen, wenn der Führer, nämlich Neumann, so viel belastende Angaben gegen die eigenen Genossen mache. Er habe gelogen, aber gelogen unter dem Zwange, der von der Polizei auf ihn ausgeübt wurde. Man habe ihm auch gesagt, er werde höchstens zwei Jahre im Buchthaus sitzen, dann würde er schon einen Post ins Ausland erhalten.

Rechtsanwalt Goldstein, der anfänglich mit der Verteidigung Poeges beauftragt war, bestätigte, daß Poeges davon gesprochen habe, die Polizei hätte ihn inquisitorisch behandelt. Hierzu soll Goldstein nach einer einstündigen Pause als Zeuge vornommen werden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 21. Februar.

Die warme Stube.

Der Wohlfahrtsdienst „Altershilfe“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, alten einsamen Damen „liche Nachmittage“ zu bereiten. Einmal in der Woche an jedem Donnerstag findet das Zusammensein im Heimatzaal des Evangelischen Vereinshauses statt. Der immer zahlreicher werdende Besuch zeigt, wie groß der Wunsch nach einem Zusammensein und einem Gedankenaustausch ist. Gute Freunde der Arbeit stiften allwöchentlich Kaffee und Kuchen, freundlich gedeckte Tische laden zum Verweilen ein, und immer finden sich gütige Helfer, die durch Darbietung von Lautenliedern, Recitationen oder einem Vortrag die Stunden verschönern. So ist die „Warme Stube“ recht das geworden, als was sie gedacht war: „Das Heim“, in dem sich die zusammenfinden, um die es so einsam geworden ist, und die nun dort in freundlichem Austausch ihrer Erlebnisse sich die Sorgen des Alltags erleichtern.

Allen, die bisher dem Wohlfahrtsdienst so gütig geholfen haben, diese Nachmittage froh und feierlich zu gestalten, sei herzlichster Dank gesagt. Zugleich sei hier die Bitte ausgesprochen, daß das Interesse auch für diese Arbeit der Altershilfe bestehen bleiben möge, so daß es möglich bleibt, auch weiterhin den Einsamen diese Nachmittagsstunden freundlich ausgestalten zu können.

Deutsch-polnischer Eisenbahn-Güterverkehr.

Nachdem vor kurzer Zeit in Breslau Verhandlungen wegen des deutsch-rumänischen Güterverkehrs fortgesetzt haben, hat in der vergangenen Woche ebenfalls bei der Reichsbahndirektion Breslau, wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, eine deutsch-polnische Eisenbahnonkonferenz stattgefunden, deren für Handel und Verkehr bedeutsame Beschlüsse zu einer Ausgestaltung und wesentlichen Verbesserung der Eisenbahnbeziehungen zwischen Deutschland und Polen führen dürften. Auch im Güterverkehr mit Polen wird mit Beschränkung die sogenannte „Frachtabnahmefreiheit“ durchgeführt werden. Die jetzt bestehende Beschränkung, daß die Fracht bis zur Grenze vom Absender zu tragen ist, wird aufgehoben werden, und es wird in das Ermessen des Frachtförderers gestellt werden, ob er selbst die Fracht bezahlen will, oder ob sie vom Empfänger der Sendung eingezogen ist. Abgabt soll ferner an die Schaffung von Tarifen mit ausgerechneten Frachtraten für diejenigen Güter herangegangen werden, die im Verkehr zwischen Deutschland und Polen eine wichtige Rolle spielen. Schließlich ist — und das ist wohl das bedeutsamste Ergebnis der Konferenz — ein deutsch-polnischer Eisenbahnverband für den Güterverkehr zwischen beiden Staaten geschaffen worden, dem die Aufgabe obliegt, ständig an der Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu arbeiten. Derartige Verbände haben im Frieden außerordentlich wertvolle Arbeit für die Entwicklung des Außenhandels geleistet. Wenn es jetzt gelungen ist, unter Anwendung an Vorriegsverhältnisse mit Polen eine gleiche Einrichtung zu schaffen, so ist zu hoffen, daß die Entwicklung der deutschen Handelsbeziehungen zu Polen erträgliche Dienste leisten wird. Die Geschäftsführung im deutsch-polnischen Eisenbahnverband ist auf Antrag der polnischen Eisenbahnverwaltung der Reichsbahndirektion Breslau übertragen worden.

Die Vorbereitungen der Adventisten auf den Weltuntergang.

The Daily Telegraph“ (Nr. 21774) erhält aus New York einen interessanten, vom 6. Februar datierten Bericht über die Vorbereitungen der Adventisten auf den für den 7. Februar anläßlich der Mondfinsternis erwarteten Weltuntergang:

Zum allgemeinen sind die Amerikaner heute trost der Prophezeiung, daß die Welt kurz nach Mitternacht untergehen wird, ruhig ihren Geschäften nachgegangen. Die Anhänger der Mrs. Margaret Rowen, der kalifornischen Weltuntergangsprophetin, die „Bräute des Lammes“, werden nichts auf verschiedenen Bergen Wache halten, und wenn der Herr nicht erscheint, so hoffen sie doch wenigstens ihren Glauben durch ein Zeichen vom Himmel belohnen zu sehen. „Wenn Christus“, schrieb Mrs. Rowen nach ihrer letzten Vision, „vom 6. auf den 7. Februar kurz nach Mitternacht seinen hundertvierundvierzigtausend Getreuen erscheint, so muß ich meine Beteiligungen, die sich auf der Bibel aufbauen, einer Revision unterziehen.“ Zwölf Gläubige aus Long Island trafen sich in der vergangenen Nacht in Patchogue, wenige Meilen von New York, um sich mit ihrem Führer Robert Reidt auf das Ereignis vorzubereiten. Anwesend waren Reidt und seine Frau und vier verängstigte Kinder, ferner ein Farmer namens Downs, der 57 Jahre nicht mehr aus seinem Dorfe herausgekommen ist. Miss Kennedy, eine züchtige, in mittleren Jahren stehende Jungfrau, ein Schwachsinniger und drei Neige. Auch in anderen Teilen der Vereinigten Staaten kamen ähnlich seltsame Leute zusammen und hielten erbauliche Ansprachen. Die echten Adventisten vom Siebten Tage sind über diese Neuerungen der „fortgeschrittenen“ Adventisten sehr erstaunt. Sie erklären, daß diese nicht mehr als zweihundert Anhänger zählen, obwohl Reidt prahlreich von „ungezählten“ Täuflingen spricht.

Reidt wird in der vergangenen Nacht vor seinem Farmhouse auf freiem Felde angekommen, als er durch ein großes Megaphon zum Himmel rief: „Gabriel, wir sind bereit.“ Reidt erzählte Berichterstattern, daß alle Mitglieder seiner kleinen Herde durch übernatürliche Kraft, wahrscheinlich auf einer Wolke, nach Kalifornien getragen werden. Andere Gläubige werden auf ähnliche Weise nach Kalifornien reisen, wo auf einem ungenannten Berg der Herr, von seinen Engeln umgeben, auf die Erde niedersteigen wird. Nachdem die Engel eine Weile musiziert haben, werden die irischen Bräute, Brautjungfern und Hochzeitsgäste in den Himmel aufsteigen.“

Negierungshilfshilfen.

Wir berichteten kürzlich, daß die Staatsregierung zu Soat-hehilfen an die durch den Ausfall der vorjährigen Ernte zum Teil sehr geschädigte Landwirtschaft 10 Millionen zl Staatskredite bewilligt hatte, von denen die eine Hälfte im Herbst 1925, die zweite im Herbst 1926 zurückgezahlt werden müssen. Die Verteilung der Summen von 10 000 000 zl auf die einzelnen Wojewodschaften ist folgende: Lemberg 1 625 000, Krakau 1 250 000, Tarnopol 1 125 000, Stanislawow 1 062 000, Wolhynia 750 000, Nowogrodek 500 000, Polesie 500 000, Schlesien 625 000, Pommern 250 000 und Warschau 312 000 zl. Betreffs des früheren preußischen Teilstaates ist das Landwirtschaftsministerium der zweifellos von einem großen Teile der Landwirte nicht geteilten Ansicht, daß der Stand unserer landwirtschaftlichen Kultur die Landwirte vor zu schweren Folgen einer Mißernte schützt, und daß eine Mißernte nur in den nördlichen, kaschubischen Kreisen zu vergeichnen gewesen sei. Die Wojewodschaft Posen und ein Teil Pommerns zugleich mit den westlichen Teilen Kongresspolens, so heißt es in der Regierungserlaubnung, bestehen einer gewissen Schutzschicht an Sommergetreide zur Soat.“ Hieraus erklärt sich also die verhältnismäßig bescheidene Summe, die für Pommern bestimmt worden ist. Die Wojewodschaft Posen ist laut Vergleichnis überhaupt nicht bedacht. Das wird in den hiesigen landwirtschaftlichen Kreisen um so weniger verstanden werden, als gerade aus herrenlosen Kreisen die Nachricht kommt, daß die vorjährige Ernte auch in unserem Teilstaate erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, und daß gerade diese Tatsache zusammen mit den schier unerträglichen Steuerlasten die Lage unserer Landwirtschaft keineswegs in rosigem Lichte erscheinen läßt.

Zusammenschluß städtischer Bühnen.

Die volkstümlichen Theater in Pommern befinden sich in einer künstlerisch, wie materiell unholzbaren Lage. Jetzt soll ihnen, wie die „Deutsche Rundsch.“ schreibt, durch die Regierung Hilfe kommen. Das Kultusministerium hat im Einvernehmen mit dem Wojewoden von Pommern und den Städten Bromberg, Thorn und Graudenz beschlossen, ein gemeinsames Theater mit einem Direktor und drei Spielstätten zu bilden. Es wird eine Schauspiel- und eine Opern-(Operetten)-Truppe umfassen, so daß täglich in zwei dieser Städten ein Schauspiel vor sich gehen kann, dagegen an jedem dritten Tag abwechselnd eine Opern- oder Operettenvorstellung. An die Spitze der musikalischen Truppe tritt der Kapellmeister Dolzsch (früher in Polen). Auch ist geplant, ein gemeinsames Symphonieorchester für diese drei Städte zu schaffen. Der bisherige Gehaltsbetrag wird durch eine einmalige Regierungsbewilligung gedeckt werden. Die weitere Unterhaltung wird Sache der Magistrate von Graudenz, Thorn und Bromberg sein. — Ein besonderes „Dorftheater“ soll auch die pommerschen Kleinstädte und Dörfer bereisen.

s. Tag des generellen Verbots des Tabakabans ist, dem „Dienstag“ folgt, der anbau solgender Arien zwecks Bereitung gestaltet: Nicotiana alata vel alata, Nicotiana Sanderiana und Nicotiana grandiflora atropurpurea. Personen, die den Anbau dieser Arien bereiten wollen, müssen dies der Ortschaftkontrolle bis Ende Juni d. J. melden.

s. Die Bank Pößn hat am 16. d. J. mit der Ausschüttung der Dividende für 1924 begonnen; sie beträgt 12 zl für die Aktie. Vorgelegt muß werden der Kupon Nr. 1. Wer die Aktien noch nicht bestellt, sondern die Dividende auf Grund der Interimsquittung erheben will, wird gut tun, Personalausweise mitzubringen; die Aktien und die Interimsquittungen lauten jedoch auf den Namen, nicht auf den Inhaber, der Empfänger muß sich also ausweisen. Die Kupons der Aktien werden ohne besondere Formalitäten eingelöst.

Die 15. Buchstich-Ausstellung und Versteigerung der Buchgesellschaft des schwäbischen Niederungsgründes Großpolens findet am 20. März d. J. in Posen statt. Tag und Ort der Veranstaltung werden noch bekanntgegeben. Anmeldungen zum Katalog sind spätestens bis zum 1. März d. J. einzureichen.

X Zu einem tief bedauerlichen Misstande wächst sich jürgen einmal wieder die Tatsache aus, daß die öffentlichen Uhren unserer Großstadt ohne Unterschied fast ständig und mit Erfolg bemühen, jede eine eigene Zeit anzugeben! Gegenwärtig kann man feststellen, daß die Uhren Zeitunterschiede bis zu zehn Minuten aufzeigen, und daß obendrein in einer einzigen Strohe. Nicht richtig gehende Uhren dienen zweifellos zur Verärgerung und Entzückung des Publikums und werden dann sehr unangenehm empfunden, wenn man es zum Beispiel sehr eilig zum Bahnhof hat. Dabei allerdings bemerkt werden muß, daß die Bahnhofsuhrn täglich reguliert werden und daher stets richtig gehen, was man von der Mehrzahl unserer öffentlichen Uhren sonst leider nicht sagen kann.

Ber auf der Erde zurückbleibt, wird umkommen, aber über die Art ihres Todes ist man sich anscheinend noch nicht klar.

Heute nacht ist in Patchogue Polizei zusammengekommen, um einen Zusammenstoß zwischen den Ku-Klux-Klan und Reids Himmelsfahrern zu verhindern. Der Klan ist darüber aufgebracht, daß der Prophet seine Kinder und vereinfachten Nachbarn durch seine Lehren in Schrecken versetzt.

Josef Gammel, der Führer der Weltuntergangsfekte in College View Nebraska, hält die populäre Ansicht über den Untergang der Welt für eine „Bluff“. „Soll ein Ende“, sagt Gammel, „wird nicht plötzlich, sondern langsam kommen. Man muß entscheiden“, sagt er, „zwischen dem, was wir glauben, und dem, was die Reporter berichten. Der Herr kann nicht in sieben Tagen vom Himmel kommen, weil er sich unterwegs auf einigen Planeten aufzuhalten will, um Anordnungen für die Aufnahme der Heiligen zu treffen, die er zurückführen will.“ Derner auch nach Gammel die Vergippe, auf die der Herr niedersteigt wird, nicht notwendig, wie Mrs. Rowen annimmt, in den Vereinigten Staaten gelegen sein, aber es wird dafür gesorgt werden, daß in dichtbesiedelten Gegenden die Gläubigen aus dem Rob der Verdammten, die am siebten Tage wie heulende Wölfe herumzulaufen werden, entkommen können.

Inzwischen lebt Mrs. Rowen noch ruhig in Hollywood in Kalifornien und verweigert als Führerin der seßhaften Sekte von Fanatikern jede weitere Auskunft. An der ethischen Überzeugung ihrer Anhänger ist wohl nicht zu zweifeln, aber ebenso wenig an ihrer Dummkopf. Reidt sagte heute, seine Kinder und drei Neige übermorgen im Himmel anderes bekommen würden. Andere haben ihre Häuser verlaufen. „Ich habe nichts mehr als diese alte Bütte“, sagte Reidt, „und ich spielle fortgesetzt darauf, weil ich nachstens auch im Himmel Bütte spielen will.“

Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß ähnliche Bewegungen in den Vereinigten Staaten nichts Neues sind. Im Jahre 1842 waren die Anhänger Alexander Millers in den mittleren und östlichen Staaten sehr zahlreich. Die Millerleute hielten riesige Versammlungen ab, man begann die Böden zu schließen, und die Errichtung stieg derart, daß im März 1843 Männer, ihre Frauen ermordeten, weil sie sich nicht bekehren wollten, Mütter ihre Kinder vergifteten, und Männer und Frauen Selbstmord begingen und irrinnig wurden. Schließlich nahm der große Tag kran und ging vorüber, ohne daß sich etwas Besonderes ereignete. Millers Herde schmolz zusammen, aber einige seiner Freunde traten sich durch den Verlauf von „Musselman“ im Himmelstrahlkleider ein kleines Vermögen zusammen.

4. Posener Wochenmarktspreise. Auf dem heutigen Freitag Wochenmarkt herrschte bei Massenaufläufen von Lebensmitteln ein ungewöhnlich lebhafte Verkehr. Man zahlte für das Pfund Butter 1.70—1.90 zl. für das Pfund Tafelbutter 2.20 bis 2.40 zl. für die Mandel 1.40—1.60 zl. für das Pfund Quark 60 gr. Auf dem Fleischemarkt kostete eine Wanze 7—10 zl. eine Ente 4—6 zl. ein Huhn 2.50—4 zl. eine Rute 8—10 zl. ein Buhahn 12 zl. Für ein Pfund Speck zahlte man auf dem Fleischmarkt 0.90—1 zl. für ein Pf. Schweinefleisch 0.90—1.10 zl. für ein Pf. Rindfleisch 0.90—1.20 zl. für ein Pf. Kalbfleisch 0.90—1.20 zl. für ein Pf. Hammelfleisch 70—90 gr. Ferner wurden folgende Preise gezahlt: für ein Pfund Apfel 30—50 gr. für das Pf. Birnen 20—35 gr. für den Kopf Karotten 40 gr. Weißkohl 25 gr. Spinat 30 gr. Grüntobl. 50 gr. das Stück Blumentohl 1.20—1.80 zl. für 1 Apfelin 15—35 gr. für eine Birne 8—10 gr. für ein Pfund Walnüsse 90 gr. für ein Pfund Haselnüsse 1.20, zl. für ein Pf. Bockwurst 40—50 gr. für ein Pfund Radicchio 60—80 gr. für ein Pfund Backpflaumen 70—80 gr. für ein Pf. rote Rüben 6—10 gr. für ein Pfund Kohlrüben 10 gr. für ein Pfund Mohrrüben 10 gr. für ein Pfund Kartoffeln 5 gr. für ein Pfund Bohnen 30—50 gr. für ein Pfund Erdbeeren 25—35 gr. für einen Hering 10—20 gr. für ein Pfund Leinöl 2.40 zl. Für ein 3 Pfundbrot zahlte man 70 gr. Das Pf. Hecht kostete 1.50 zl. das Pf. Weißfisch 40—60 gr.

X Ihr Osfer nach mehr als zwei Monaten freigegeben hat die Warthe gestern in der Nähe des Schwedtwaldhofs in dem 19-jährigen Wojciech Bogat aus Wysoka Kr. Posen, der im Dezember v. J. in die Warthe gefallen und ertrunken war. Die Leiche war zwar schon ganz in Verwesung übergegangen, konnte aber an den Ausweispanieren festgestellt werden.

a. Die ersten Wagen der Straßenbahn fuhren heut früh etwa 10 Minuten später vom Alten Markt ab, weshalb viele Leute in großer Verlegenheit gerieten.

X Beschlagnahme Diebesbeute. Bei einer polizeilichen Haussuchung wurden, weil aus Diebstählen herrührend, ein dunkelgrauer und ein beigefarbiger Herrenüberzieher und ein dunkler Knabenulster beschlaghaft. Die Eigentümer können sich im Zimmer 68 der Kriminalpolizei melden.

s. Warum auch nicht? Heute, Freitag, findet in den früheren Stettiner Sälen ein Ball der organisierten Hölle statt.

s. Wetter. Heut, Freitag, früh waren 2 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonnabend, den 21. 2.: Auditorverein „Neptun“: abends um 8 Uhr in den Räumen der Grabenloge Bockfest mit Tanz.

Sonnabend, den 21. 2.: Auditorverein „Germania“ Aufschiffkreise in die Sternenwelt.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein richtet seinen Sonntagsausflug am 22. d. Mts. nach Unterberg; Abfahrt früh 7.55, Rückfahrt nach Belieben. Gäste willkommen.

Posener Auditorverein „Germania“. Den Teilnehmern an der „Au treise durch die Sternenwelt“ stehen, wie wir mitzuteilen gehoben werden, von 1/2 bis 9 Uhr abends, nach vorheriger Anmeldung vor dem Nordwarengeschäft von Krause, Alter Markt 86, Straßwagen zur Verfügung.

* Gaissee, 19. Februar. Auf ein 50jähriges Bestehen kann die Volksfreigemeinschaft Gaissee an diesem Freitag zurückblicken. Sie wurde am 20. Februar 1875 gegründet, und am 1. September des gleichen Jahres wurde der Betrieb eröffnet. Dem „Vater für das Culmerland“ zufolge ist die Volksfreigemeinschaft, die jetzt 21 Mitglieder zählt, eine der ältesten, wenn nicht gar die älteste Volkszeit in Pommern.

□ Giesen, 18. Februar. Am Sonntag feierte das häusliche Pensionat und Schneiderlehrinstitut (Leiterin M. Huwe) sein Winterfest in der Loge. Feierlich geschmückte Räume begrüßten die Gäste und gaben ihnen Feststimmung. Ein Märchenspiel mit Reigen und Gesang bestellte: „Im Reiche der Arbeit“ ging in Szene. Nach dem Theaterstück trat der frohe Teuf in seine Rechte. Es wurde so viel getanzt, daß die Pfeife auf allen Gästen eine wohlnde Ruhepause bot.

Fine sogenannte stillle Geschäftszelt sollte nirgends einkennen. Es sind sehr Sonder-Angebote der Kaufleute am Platz, seien durch Inventur, Ausverkäufe, Abstößung einiger Lager Artikel oder sonstige Gelegenheits-Kaufangebote, Preis-Abstöße u. s. w. Es empfiehlt sich, die stillle Zeit geschäftlich auszunützen durch östere Anreisung der Waren im weitverbreiteten Posener Tageblatt.

Grob, aber ehrlich.

Ginst befand sich Johannes Brahms in einer Abendgesellschaft und wurde mit Unterstützung der Anwesenden von einem Cellisten gebraucht, mit ihm gemeinsam die Cossol-Sonate zu spielen.

Nur widerwillig folgte der Meister, der an diesem Tage an sich schon nicht gut gelaunt war, der Aufforderung, da ihm das nicht gerade hervorragende Spiel seines Partners bekannt war.

Er setzte sich an den Klavier und bearbeitete ihn in unbarmherziger Weise bei stets gehobenem Pedal, so daß ein wüstes und lautes Durcheinanderklagen entstand. Der bellagewordene Cellist schwiete Blut und Wasser und fügte verzweiflungsvoll darauf los. Nach beendetem Spiel wagte er, mit seinem Vorwurf in der Stimme, die Bemerkung:

„Ach, Sie haben so kräftig gespielt, daß ich mich selbst gar nicht gehört habe!“

Brahms antwortete kurz:

„Sie blödlicher!“

Ket.

Büchertrisch.

Bo Yin Ra: Der Weg zu Gott.

Im Ganglien Jz. 5.— Voltausgabe Iart. Jz. 250. 50 numerierte Abzüge auf Blättern, vom Verfasser gezeichnet, in Ganglader Jz. 10.—, in Halbleder Jz. 25.

Nie war ins Bo Yin Ra so nahe wie in seinem Buch. Unzählige, die in dieser schwankenden Zeit durch ihn den Ursprung aller wirklichen Erkenntnis, die Quelle alles Lichtes neu entdeckten, gehen noch zugen Schritte den Weg zur Höhe, von deren

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Industrie.

* Graudenz, 19. Februar. Am heutigen Gymnasium (Klassisches Gymnasium) ist aus früherer Zeit nur noch ein deutscher Lehrer, und an der Oberrealschule (Naturhistorisches Gymnasium) sind noch einige Akademiker und mehrere seminaristisch gebildete deutsche Lehrkräfte tätig.

* Ostpreußen, Kr. Thorn, 18. Februar. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß auf die Eisenbahnstation Ostpreußisch in der Nähe von Thorn von maskierten Banditen, die von Thorn gefommen waren, ein Raubüberfall stattgefunden hätte. Kurze Zeit darauf war der Chauffeur des Autos, mit dem die Banditen angelommen waren, verhaftet worden. Wie das "Stowomorostie" mitteilt, ist es jetzt auch gelungen, die anderen Teilnehmer an dem Überfall hinter Schlag und Zugel zu bringen.

* Pleschen, 19. Februar. Eine Handelsmärschflichc und Gewerbliche Ausstellung findet vom 15. bis 19. August d. J. hier statt.

* Anger, 19. Februar. In der Konkursfahne "Solid und Ludowich Nagozanie" ist an Stelle des bisherigen Verwalters der Kaufmann Ludwik Szulczenko gewählt worden.

* Schubin, 19. Februar. Der neue Bürgermeister von Schubin, Gous, ist aus den Reihen der preußischen Selbstverwaltungsbürokratie hervorgegangen. Vor dem Kriege war er Magistratssekretär in Spandau, zuletzt zwei Jahre lang Bürgermeister der Stadt Koblenz. Vorhergehend war er auch in Pommerellen tätig.

* Schwedt, 17. Februar. Über das Vermögen des Kaufmanns Bolesław Lebko in § 1 hier ist am 9. d. Ms. der Konkurs eröffnet und zum Konkursverwalter der Kassierer o. D. Augustyn Prolewski ernannt worden; Amtsdauer bis zum 12. März.

* Thorn, 19. Februar. Wucherreiße für das Blätter von Herrenwäsche muß man hier an manchen Stellen zahlen. So fordern verschiedene Blätterinnen für das Blätter eines Herrentrikots "nur" 60 gr. während ein neuer Trikot in den Geschäften 120 zl kostet; für ein Oberhemd werden sogar 3 zl verlangt (nur fürs Blätter, da das Wochengeld besonders berechnet wird). Im Vergleich zur Vorkriegszeit, wo für das Blätter eines Trikots 6–10 Pi. gezaubert wurden, sind obige Preise die reinen Wucherpreise.

* Wollstein, 16. Februar. Der Kreisrat hat eine Steuer für die Ausübung des Jagdrechts auf Gutsbezirken beschlossen. Sie beträgt 20 Groschen auf den Hektar und wird von jedem selbständigen Gutsbezirk erhoben. Zur Zahlung ist derjenige verpflichtet, der auf dem betreffenden Jagdgebiet die Jagd ausübt. – Ebenso ist eine Wegesteuer eingeführt, die von allen Pferdebesitzern zu zahlen ist und für jedes Pferd 4 zl jährlich beträgt.

* Bronle, 18. Februar. Das alte Reformatorienkloster hier ist seiner ursprünglichen Bestimmung durch die Übergabe an die Mönche des Franziskanerordens wieder zugesetzt worden. 1888 wurde das Kloster aufgegeben. Vierzehn Jahre später kaufte die katholische Kirchengemeinde die Klosterkirche dem Staat ab und schenkte sie 1888 dem Erzbistum Posen als Privatgegenst. Vor etwa drei Monaten wurden nun die Klostergebäude dem Franziskanerorden übergeben.

* Danzig, 18. Februar. Hier ereignete sich am Sonnabend in den "Kunstspielen" des "Danziger Hofes" ein großer Kabarett-Skandal, gelegenlich der Erstaufführung einer Berliner Revue, der die sofortige Abhebung dieses Nachwerles vom Spielplan veranlaßte. Die Revue bestellte sich "Eine Frau ist vom Himmel gesunken", Kabarett-Revue mit Gesang und Tanz in 15 Bildern. Sie wurde von dem Leiter des Berliner Kabaretts "Großwahn", Dr. Hans Schindler, inszeniert. Die Darsteller waren aus Berlin verpflichtet worden und spielten nach dem Urteil des Danziger Publikums sehr mangelhaft. Von Bild zu Bild steigerte sich der Unwill des Publikums, der seinen Höhepunkt erreichte, als einige Berliner Mannequins, mit Teile eines Danziger Wäschefirmen und auch sonst sehr leicht bekleidet, auftraten. Durch anhaltendes Peifen und Rufen in den Galerien die Kabarettbesucher ihrer Entrüstung über eine so unantastbare, lächerliche wertlose Darstellung Ausdruck und machten kleine, die Bühne zu stürmen. Der Kabarettleiter sah sich infolge dieser Ablehnung seiner Revue veranlaßt, das Stück vom Spielplan sofort abzufeuern. Der Krimi ist um so größer, als eine äußerst losspielige Nostalgie für dieses Stück in Danzig in der Logeszeit und an den Anschlagsäulen ins Werk gesetzt worden war.

Aus dem Gerichtsaal.

* Posen, 19. Februar. Wegen Wohnungswunders verurteilte die 7. Strafkammer die Hausbesitzerin Marianne Rogorska in Winnitsch zu 200 zl Geldstrafe bzw. 1 Monat Haft, weil sie im Mai d. J. sich von einem Ehemann für zwei Zimmer 250 Millionen Mark hatte zahlen lassen. – Die 2. Strafkammer verurteilte den Schneider Edmund Genge, der seinem Bruder verschiedene Sachen im Wert von 70 Millionen Mark geholt hatte, zu 2½ Jahren Buchthalte, den Mechaniker Kazimierz Staśkiewicz wegen Deliktes zu 8 Monaten Gefängnis. Dieselbe Strafkammer verurteilte den Schneidergesellen Stanislaw Czajkowski von hier wegen mehrerer Tschendebütiale zu 1½ Jahren Buchthalte, böhmischem Schwerpunkt und Zulassung der Polizeiaufsicht. – Ferner verurteilte dieselbe Strafkammer den Stellmacher Michał Duffiewicz aus Wieruszów wegen wesentlicher Verleumdung zu drei Monaten Gefängnis, böhmischem Schwerpunkt und den Nebenstrafen. Er hatte von mehreren Eisenbahnerbeamten in Dąbrowa behauptet, sie hätten verschiedene Sachen gestohlen. Befürwortet wurde, daß er das Geld auf dem Spielplan sofort abzufeuern, und sich 150 Millionen Mark Gelb angezeigt. – Endlich verurteilte diese Strafkammer den Stanisław Czajkowski von hier wegen Gasdiebstahls zu 8 Monaten Gefängnis.

Briefanlagen der Schriftleitung.

Auskünfte werden an den gegen Ausarbeitung der Beauftragten unentbehrlich oder ohne Gewähr erreichbar. Der Brief an ein Dienststelle mit Bezeichnung der entsprechenden Beauftragten bezogen.

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktags von 12–1½ Uhr.

St. Nr. 1. Für Ihre Sache kann der § 11 der Auswertungsverordnung in Frage, nach dem Sie eine Auswertung von 10 Prozent verlangen können. Die Binsen sind dem Kapital angewiesen und ebenfalls mit 10 Prozent auszuwerten. Nach § 20 derseinen Verordnung ist unter Umständen eine Auswertung bis zum vollen Goldwert möglich. Das Gleiche gilt für die Bindzahlung.

U. B. 100. Die Frage ist einstweilen noch nicht geklärt. Gegenwärtig erhält die Stelle Anspruch auf Ausübung des Verkaufsrechts.

G. L. in B. Die Sache ist nicht ohne weiteres klar. Hat der Gläubiger das Geld f. At. ohne Vorbehalt angenommen, so kann er jetzt nicht nachträglich mit einer Auswertungsforderung kommen. Sie haben unseres Erachtens Aussicht einen Prozeß zu gewinnen.

G. F. A. Nr. 39. Max. Hahn, großes illustriertes Kochbuch, geb., kostet 15 zl, wozu direkt unter Nachnahme die Portospesen hinzutreten.

N. B. 100. Wir vermögen nicht zu beurteilen, ob das Vorliegen des Kommissars berechtigt ist. Wenden Sie sich beschwerdefüllig unter Darstellung des Sachverhalts an seine vorgesetzte Dienststelle.

G. L. 1. Sie haben das Recht auf Bindforderung für das Restlaufgeld und können die Klage entzögeln. 2. Sie können das Restlaufgeld jederzeit kündigen. 3. Die Veteranenrente ist in vereinzelten Fällen dann entzogen worden, wenn die Rentenempfänger sich in ausländischer wirtschaftlicher Lage befinden. Für diese Renten aufständig ist die Wissenschaftliche Akademie Statistik in Posen, an die Sie sich mit einer Eingabe um Weiterbewilligung der Rente wenden müssen.

Kurse der Posener Börse.

	Für nom. 1000 Rtl. in Rto:	19. Februar	19. Februar
Wertpapiere und Obligationen:	20. Februar	37.00–37.50	
4% Posener Pfandbriefe (Buligeb.)	38.00	8.00	
8% Bistu. Bistu. Niem. Niem. Kred.	8.2.–8.40		
8% Bistu. Bistu. Niem. Niem. Kred.	—		
5% Poznańska konwersjna	0.58–0.62		

	Bank Preuß. Banknoten L.—II. Em.	6.25	6.50–6.25
Bank Bistu. Bistu. Niem. Niem. Kred.	11.00	11.10	
Bistu. Bistu. Niem. Niem. Kred.	—	3.10	
Bistu. Bistu. Niem. Niem. Kred.	—	3.25	

	Bank Preuß. Banknoten L.—V. Em.	2.25	2.00–2.25
Budapest Bank. Rydel L.—II. Em.	—	1.00	
Ö. Legielski L.—IX. Em.	0.76	0.75–0.76	
Centralna Koinbank L.—VII.	0.60		
Centralna Kred. L.—V. Em.	3.15–3.00–3.20	3.50–3.40	
Gopiane L.—III. Em.	8.00		
G. Hartwig L.—VII. Em.	1.60–1.70		
Hartwig Kantorowicz L.—II. Em.	—	5.50	
Hertzfeld-Bülowius L.—III. Em.	7.00	6.75–7.00	
Jesra L.—IV. Em.	—	1.50	
Judah, Fabryka przetw. ziemni. L.—IV.	—		
eg. Kup.	—	100	
Dr. Roman Kav L.—V. Em.	—	35.00	
Witt. Biemacki L.—II. Em.	2.20	2.0	
Mlynnowska L.—V. Em.	—	0.80	
Witno L.—III. Em.	—	0.40	
Born. Spół. Drzewna L.—VII. Em.	1.00	1.00	
Spółka Stolarska L.—III. Em.	1.75		
Bracto Stabrowschi (Zapalki) L. Em.	0.90	1.00	
Krakow. Rydl. Rydel L.—II. Em.	—		
Klania L.—V. Em.	—	0.35	
Tri L.—III. Em.	—	18.00	
Unja (vorm. Bengali) L.—III. Em.	9.50–9.75	9.00–9.50	
Wista. Bygofscy L.—III. Em.	—	12.00	
Wiwownia Chemiczna L.—VI. Em.	—	0.5–0.55	
St. B. Bromar. Grodziski L.—IV. Em.	2.40	2.40	

Amtliche Notierungen der Posener Börse.

vom 20. Februar 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggonlieferung solo Verladestation in Błonie.)

(Ohne Gewähr.)

Weizen	37.50–39.50	Roggenkleie	20.50
Roggen	31.00–32.00	Kartoffelkartoffeln	5.00
Weizemehl	55.00–58.00	Kartoffelflocken	22.00–23.00
(55 % inst. Süde)	—	paier (Transaktion 30 To.)	30.60
Roggenmehl I. Sorte 43.00–45.00	(70 % inst. Süde)	Transaktion 25 To.)	30.65
(70 % inst. Süde)	—	Seradella (neue)	14.00–16.00
Roggenmehl II. Sorte 48.00	(65 % inst. Süde)	Blasse Lupinen	10.50–12.50
(65 % inst. Süde)	—	Gelbe Lupinen	14.00–16.00
Brüdergerke	26.50–28.50	Klee, roter	18.00–23.00
Ährenkerne	21.00–24.00	schwedischer	100.00–130.00
Biskviercerden	30.00–34.00	gelber	50.00–65.00
Weizenkleie	2.00	weißer	200.00–250.00
Die Preise für Erdbeer, Lupinen, Seradella, Klee und Kartoffelflocken blieben unverändert. Kartoffeln an den Grenzstationen über 100.		ungereinigter	20.00–27.00

Tendenz: schwach.

Städtischer Weihnachtsmarkt vom 20. Februar 1925.

Offizieller Marktbericht der Preisuntersuchungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 17 Rinder, 192 Schweine, 84 Kälber, 7 Schafe, zusammen 800 Tiere.

Man zahlt für 100 kg. Lebendgewicht:

Kälber: d) weniger gemästete Kälber und gute Säuglinge 64

bis 70, e) minderwertige Säuglinge 50–54.

Schweine: e) vollfleischige von 100 bis 120 kg. Lebendgewicht 104–106, d) vollfleischige von 80 bis 100 kg. Lebendgewicht 98 bis 100, e) fleischige Schweine von mehr als 80 kg. 88–92, f) Sauen und späte Kastre 80–96.

Marktverlauf: sehr ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Berantwortlich für den sachlichen politischen Teil: Robert Strzała; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den übrigen unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Strzała; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. – Druck und Verlag der Boleser Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznań.



Raufst Du immer Trelleborg,
Hast Du nimmer Stiefelsorg.

Wem machen nicht die
ständig anwachsenden Aus-
gaben Sorge?

Wenigstens eine Sorge wird Ihnen erspart
durch Trelleborgs aufklebbare Gummisohlen,
denn diese überleben 3–4 Ledersohlen.

Beim Aufkleben dieser Sohle werden also
jedesmal 12–14 zt und mehr gespart. Außerdem
wirken sie elegant, sind wasserfest, nehmen
keinen Schmutz mit und gleiten selbst nicht
auf Glatteis, auf Grund der besonderen Zusam-
mensetzung des Materials. Besitzen weiter genau
dasselbe Aussehen wie Ledersohlen, sind sehr
leicht aufzukleben, wenn gewünscht, auch durch
ihren Schuhmacher, und sitzen ohne Gebrauch
von schädlichen Nägeln unbedingt fest.

Mit Trelleborg können Sie Galoschen, Turn-
schuhe und sämtliche Schuhe tadellos besohlen!

Kaute gleich und spare Geld!

Preis per Paar 2.75, 3.–, 3.25 zl für Kinder, Damen und Herren!

Gegr. 1896. Gegr. 1896.



Spezial-Magazin für Tafelglas, Kristall

Größte Auswahl in weißen und dekorierten Tafelservicen, Kaffee-, Mocca- u Teeservicen.

Küchengeräte.

W. Janaszek, Poznań, ul. Jezuicka 1.

Quellensucher

findet jede Wasserader für Brunnen.
Bedingungen: Forschungen bei negativem Erfolg kostenlos; bei positivem Erfolg persönliche Uebereinkunft nach Fertigstellung der Brunnen. Zuschriften an

VIOLA in BABLIN,
pow. Oborniki.

Deutsche in Polen

finden Sie nirgends so zahlreich und dicht beieinander wohnend, als gerade in Lodz, dem armen Industriezentrum Kongress-Polens. — Von den mehr als 500 000 Einwohnern der Stadt und Umgegend spricht fast die Hälfte deutsch. — Die Deutschen gehören allen Gesellschaftsklassen an.

Wollen Sie erfolgreich inserieren?

Wenn Sie das wollen, benützen Sie unbedingt die im 23. Jahrgang erscheinende

„Neue Lodzer Zeitung“

die gegenwärtig unstrichbar das gelesene und verbreiteste Blatt ist, als deutsche Zeitung wohl im ganzen Reiche.

- Probenummern auf Wunsch gratis. -

Die „Neue Lodzer Zeitung“ ist durch die nachweislichen Erfolge ein glänzendes Insertions-Organ. -

Redaktion und Geschäftsstelle: Lodz, Petrkauerstr. 15.

Postcheckkonto: Warszawa Nr. 61.932.

Ein altes gut ein Baugeschäft geführt.

in einer Kreisstadt 68x70 m groß mit Kundschafft, Tischlerwaren, dazw. gehörten Schuppen mit sämlichem Hausrat, davon noch 3 gute Baulokale oder nach zu verkaufen. Deut. Land zu verkaufen in einer mittleren Stadt oder gegen eine Gastwirtschaft mit Kolonialwarengeschäft in einem großen Kirchdorfe. Rückerl. unter M. 3088 a. d. Geschäft. d. Bl. erb.

Liquidanten u. Optanten!

Gut in Deutschland, ca. 400 Morgen, hauptsächlich Weiden und Wiesen, Gutshaus 9 Zimmer, elektr. Licht und Kraft, direkt an Chausee, 2 km von Kreisstadt, totes und lebendes Inventar reichlich, zu verkaufen. Anfr. zu senden unter S. 3446 an die Geschäftsst. s. Bl.

Züchtigem Handwerker

vgl. nicht unter 30 Jahren (Zimmerer oder Maurer), mit einer Schulbildung wird Gelegenheit geboten in ein altes

Baugeschäft einzuhiraten.

Es kommen nur solche Herren in Frage, die im Land sind, das Geschäft selbst zu leiten. Zuschriften mit Bild unter P. 3089 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Aus schneiden!

Aus schneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichnet bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat März 1925

Name Name

Wohnort

Posenland

Straße

Volle Ähren

prächtige Ernten sind der Lohn einer wirklich zweckmäßigen Düngung, bei der neben Stickstoff und Phosphorsäure vor allem die für jede Pflanze unentbehrlichen Kalisalze gegeben wurden. Jetzt ist es an der Zeit, den Bedarf an Kalisalzen einzudecken!



Auskunft erteilt die
Posener Saatbaugesellschaft, Poznań, Wjazdowa 3.

10—15 000 zl

als erste Hypothek auf Villa, Sicherheitswert 10 000 Dollar bei annehmbarem Zinsfuß gesucht. Angebote sind unter S. 3442 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu senden.

Möbel
für jeden

Geschmack
in jedem

Stil
bei sauberster

Ausführung
fertig

W. Gutschke
Grodzisk-Gozna 36
(früher Grätz-Posen).



Milchkannen

Int. H. Jan Markowski
Poznań
Mielżyńskiego 23
Tel. 52-43.

Neu! Neu!

Sofort lieferbar!

Wir empfehlen zur Anschaffung: Leidner, Der praktische Geweideanzuchtbetrieb.

Leidner, Knauers Rübenbau. Dr. L. Wejher, Landessöfnomierat:

Geldweltmärkte, Landwirte und Genossenschaften.

Preis 1 Złoty, nach auswärts mit Porto zu schlagen unter Nachnahme.

10 verschiedene Jahrgänge der „Modernen Kunst“.

ungefragt. Wir machen die Interessen auf die wertvollen Kunstdrucke aufmerksam. Es

finden vorhanden die Jahrgänge Nr.: 13, 14, 15, 16, 17, 18,

19, 20 und 21. Es werden auch einzelne Jahrgänge abgegeben.

Neu! Neu!

Sofort lieferbar:

Feller, Gut Polnisch, —

— Gut Russisch, —

— Gut Englisch, —

— Gut Französisch, —

Bachmann, Enzyklopädie Buch-

führungs, —

Bachmann, Doppelte Buch üb.

Uebelacker, Gut Deutsch, —

Deutscher Musiker-

briefsteller, —

Schulze, Gut Rechnen, —

Schramm, Das richtige Be-

nennen, —

Busch, Gesellschafts-Spielbuch,

Neden und Logie, —

humorist. Vorläufe, —

Freund, Geselligkeit, —

Posener Buchdruckerei u.

Verlagsanstalt T. A.

Abi Verlagbuchhandlung.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gelegenheitskauf!

Möbel, Schlafzimmer

Helle Eiche, Küche weiß,

ungebraucht, sofort zu verkaufen.

Zu besichtigen bei

Owczarzak, Swarzedz,

Stary Rynk (bei Reide)

Landwirtschaften, Güter, Geschäftsgesellschaften usw. in jeder Größe u. preiswert bei niedriger Anzahlung hat ständig zur Verkaufsermittlung g. Auftragen ist Doppelzettelporto beizufügen. Altestes Büro am Platz.

Karel Regel,
Glogau (Schlesien),
Mädelstraße 19, 2 Lt.,
handelsger. einget. gegr. 1909.

Obstbäume

Fruchtsäulen

Fruchtsträucher

Brauns Abschied — Marx' Anfang.

Die preußische Regierungserklärung.

Über das neue preußische Kabinett teilt der amtliche Presse-dienst folgendes mit: Der preußische Ministerpräsident Marx hat den Staatsminister Dr. am Schuhoff zum Justizminister, den Staatsminister Seeringer zum Minister des Innern, den Staatsminister Hirt siefer zum Minister für Volkswohlfahrt, den Staatsminister a. D., Staatssekretär Professor Dr. Beder zum Staatsminister und Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, den Oberlandesgerichtsrat Dr. Hoepker-Achhoff zum Staats- und Finanzminister, den Rechtsanwalt und Notar Dr. Schreiber zum Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe und den Generalsekretär der Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover, Economierat Steiger zum Staatsminister und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Die Landtagssitzung bei der Marx sein Kabinett vorstellte, begann um 2 Uhr 15 Minuten. Die neuen Minister gaben ihre Pläne. Herr Marx ließ etwas auf sich warten und als er erschien, wurde er mit den wenig schönen Zurufen wie „Ruhrlieb“ und „Kreditlieb“ von den Kommunisten empfangen.

In seiner Rede gedachte er zunächst des großen Unglücks in Dortmund.

Marx fuhr fort: Das Jahr 1924 schien nach schweren Jahren Besserung und Klärung unserer außenpolitischen Beziehungen einzuleiten: schwere Enttäuschungen brachte jedoch der Umstand, daß trotz der klaren Bestimmung des Versailler Vertrags die Kölner Zone zum 10. Januar nicht geräumt wurde. Wir wissen uns eins mit der Auffassung aller Parteien und der Reichsregierung, daß alles daran gezeigt werden muß, um möglichst bald die Kölner Zone und die noch an der Ruhr befindlichen Gebiete von fremder Besetzung zu befreien. — Der Ministerpräsident erbot der Bevölkerung der betroffenen Gebiete den Gruß der Staatsregierung. Er versprach, daß bei Strafaten, die auf Schwierigkeiten infolge der Ruhrbesetzung zurückzuführen sind, von dem Vergnügungsrecht weitgehend Gebrauch gemacht werden soll.

Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern beruhend, kam er auf die Schwierigkeiten einer großen Verwaltungsreform zu sprechen.

Zur Lage der preußischen Finanzen sagte er: Die Sicherungsgänge und die Reichsüberweisungen erreichen die Voranschläge, aber die Ausgaben zeigen die Tendenz, stärker zu steigen als die Einnahmen, und die Vertriebsüberschüsse gehen zurück. Außerdem laufen wichtige Steuergesetze mit dem Ende des Rechnungsjahrs 1924 ab und müssen unverzüglich verlängert werden. Vor allem aber bedeuten die Pläne der Reichsregierung eine ernste Gefährdung der Finanzen des preußischen Staates als auch der preußischen Gemeinden. Das Staatsministerium ist durchaus bereit dem Reiche zu geben, was das Reiches ist. Preußen hat immer wieder bewiesen, daß es sich in jener Reichstreue von keinem anderen Land übertrifft.

Leider ohne für diese Haltung immer Anerkennung zu finden —, aber Preußen muß für sich und seine Gemeinden beanspruchen, nicht nur an dem Ertrag der großen Steuern in stärkerem Umfang als es die Reichsregierung plant, betont zu werden, sondern auch einen größeren Einfluss auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen.

Die Länder und Gemeinden können ihren großen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihnen ihre großen Aufgaben gerecht werden.

werden, wenn ihnen die erforderliche Bewegungsfreiheit auf finanziellem Gebiet gewährt wird. Die entscheidenden Verhandlungen mit dem Reich stehen vor der Tür.

Hierauf zeichnet Marx die Wege der neuen Kulturpolitik. Die Reform des höheren Schulwesens und die Neugestaltung der Lehrerbildung soll im Sinne der in Angriff genommenen, vom Landtag gutgeheizten Maßregeln durchgeführt werden. Die Schule muß den Geist echten Christentums lebendig machen. In der Schule soll die Jugend zur Vaterlandsliebe und zum Verständnis deutscher Weisheit erzogen werden. Nur aus dem Gelehrten des eigenen Staates läßt sich Verständnis für das Wesen anderer Völker gewinnen und damit die Verwirklichung, die Förderung der Reichsversammlung nach einer Erziehung im Sinne der Völker verschaffen, erst ermöglichen.

Marx schloß indem er hervorholte, daß die neue Staatsverfassung unantastbar bleiben sollte und sagte dazu: Die Staatsregierung ist gewillt, ihre besten Kräfte einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. An Sie, als die Vertreter des preußischen Volkes, ergeht der Aufruf der Staatsregierung, zur Erreichung dieses Ziels den Weg freizugeben und starke Hilfe zu leisten. Das Ziel unserer gemeinsamen ernsten Arbeit soll sein: das Wohl unseres Volkes, die Stärke Preußens und des Deutschen Reiches!

Die Abstimmung über die Regierungserklärung.

Im Preußischen Landtag traten heute die einzelnen Fraktionen vor der Präsentation zu Beratungen zusammen mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die bereits am Montag eine Sitzung abgehalten haben. Im Plenum werden die Oppositionsparteien Sondererklärungen abgeben, die ihre ablehnende Stellung begründen. Nach der Regierungserklärung tritt, wie angekündigt, eine Pause ein. Zu dieser werden die Fraktionen erneut zusammentreten, um in der einzelnen Fraktion selbst die Regierungserklärung zu beraten. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß bei der für Freitag zu erwartenden Abstimmung über die Regierungserklärung die Oppositionsparteien fordern, daß über jeden Minister einzeln abgestimmt wird.

Braun nimmt Abschied.

Im Sitzungssaal des preußischen Staatsministeriums verabschiedete sich heute der frühere Ministerpräsident Braun von der Beamenschaft des Staatsministeriums und erklärte, daß wir ein so großes Stück voraus gewonnen seien, sei auch der neuen und hingebenden Mitarbeit der Beamenschaft aus dem Bereich der Verwaltung des Staatsministeriums zu danken. Er schloß mit der Bitte, seinem Amtsnachfolger Marx, den er bei dieser Gelegenheit vorstelle, in derselben Treue zu dienen. Staatssekretär Dr. Weizmann versicherte dem neuen Chef, daß die Beamten des Staatsministeriums unter seiner Leitung zu hingebender Mitarbeit und treuester, echt preußischer Pflichterfüllung bereit seien.

Ministerpräsident Marx dankte dem Staatssekretär Dr. Weizmann für seine im Namen der Beamenschaft gesprochenen Worte sowie dem bisherigen Ministerpräsidenten Braun für seine politische Arbeit.

Deutsches Reich.

Künftige Verbesserungsmaßnahmen bei Bergwerksunglücken.

Berlin, 20. Februar. Im preußischen Landtag ist ein Antrag des Beirats eingekommen, in dem es heißt: Bei der Grubenatautroppe auf der Zeche „Minister Stein“ ist die Mehrzahl der Verunglückten den tödlichen Gasen und Nachschwaden zum Opfer gefallen. Eine der dringendsten Forderungen ist daher die, daß im unterirdischen Grubenbetriebe sogenannte Rettungskammern errichtet werden, in welchen die gefährdeten Bergleute vor den Gasen und Nachschwaden Schutz finden können.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat heute den Beschluss des Magistrats, 50 000 Mark für die hinterbliebenen des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ zu bewilligen, einstimmig genehmigt.

Um die Ruhrländer.

Berlin, 19. Februar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich, wie wir erfahren, gestern mit der Denkschrift der Reichsregierung über die Ruhrländer befürwortet. Einstimmig ist die Einbringung einer Interpellation im Reichstag beschlossen worden. Die Entscheidung über die Einbringung eines Misstrauensvotums soll bis zur Erklärung durch die Reichsregierung ausgezögert bleiben.

Zur Schlagwetterkatastrophe in Dortmund.

Dortmund, 19. Februar. Die Staatsanwaltschaft erläutert eine Erklärung, wonach die Pressemeldungen über die Ursachen der Schlagwetterkatastrophe auf Zeche Minister Stein unzutreffend sind. Es ist bisher keinerlei Beweis dafür erbracht, daß im Schacht verbotswidrig geflossen worden ist oder daß die bergbaulichen Sicherungsvorschriften vor Einfahrt der letzten Schicht verstoßen worden seien. Die Staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen über die Schuldfrage sollen abgeschlossen werden, sobald die im Strafgericht befindlichen Überlebenden verhört worden sind. Diese Überlebenden werden voraussichtlich in drei bis vier Tagen vernehmungsfähig sein.

Vor neuen Aufdeckungen.

In der Barnabas-Kutisker-Affäre ist mit der Eröffnung der Voruntersuchung gegen den Polizeipräsidenten Richter und dem Antrage des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Lange-Hegemann ein Stillstand eingetreten. Zur Aufarbeitung des bisher vorliegenden Materials sind weitere vier Staatsanwälte zur direkten Verfügung des Generalstaatsanwalts gestellt, der nunmehr die Gesamtleitung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen übernommen hat. Dagegen bereitet sich, wie wir erfahren, eine neue Skandalaffäre vor, in der die Firma Möller-Friedrich in Lemgo bei Detmold verwickelt ist, die im Auftrage und für Rechnung des Anlaufers und Lieferanten von Reichs- und Landesmaterial, des Kaufmanns H. Schreiber in Schöneberg, Groß-Liebespate preußischen Minister und Reichsminister zugeschickt hat. Die Veröffentlichung der Namen der Minister wird nicht nur neue Sensationen, sondern auch neue Überraschungen bringen.

Caillaux Eintritt in die Politik.

Frankreichs militärischer Sieg — eine finanzielle Niederlage.

Paris, 20. Februar, 7.30 Uhr. Caillaux hat auf einem zu Ehren von Malvy und Caillaux gegebenen Festessen durch eine große politische Rede seinen Wiedereintritt in die Politik vollzogen. Der erste Teil seiner Rede beschäftigte sich mit der finanziellen Lage Frankreichs und gipfelte in der Billigung der Politik Herrriots. Caillaux wandte sich dann gegen die nationalistischen Verbindungen, deren Politik unsäglich war, einen Sieg zu beherrschen, von dem sie überrascht wurden. Die Männer, die uns regierten, haben nicht einen Augenblick die große Politik der Verständigung mit dem Besiegten ins Auge gefaßt. Auf das läßt sich nichts Dauerhaftes aufbauen; man muß entweder seinen Nachbar vernichten oder sich mit ihm verständigen. Aber man hat es nicht gewagt, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, sondern eine Politik ohne Ziel betrieben. Der militärische Sieg wird mit einer finanziellen Niederlage enden, das sage ich den Nationalisten.

Die Lage in Jugoslawien.

(Eigenbericht.)

z. Agram, 17. Februar.

Nach der sonstigen Konferenz der oppositionellen Blockparteien erfährt unser Korrespondent aus wohlinformierter Quelle, daß die Parteiführer Davidowitsch, Spaho und Kordosch es den Vertretern der Kroaten nahegelegt haben, im Interesse einer wirkungsvollen Bekämpfung der großerzischen Regierungsmethoden, die Raditschpartei möge ihre politische Taktik vollkommen ändern. Demnächst soll Stefan Raditsch seine Beziehungen zu Moskau, deren Wert von allen nationalen und sozialen Gesichtspunkten als äußerst problematisch bezeichnet wurde, vollständig abbrechen. Die Kroatenführer, darunter der Neffe Raditsch, Paul, könnten sich nicht der Notwendigkeit verstellen, eine gemäßigtere Politik anzusteuern.

Die Deutschen, welche bisher dem Oppositionsbloc angehört, liegen erläutern, daß sie sich für die Zukunft ihre neutrale Stellung in der Kammer wünschen. Sie wollen sich jeder Tätigkeit enthalten, welche irgendwie als eine Einmengung in die nationale Auseinandersetzung zwischen Kroaten, Slowenen und Serben gedeutet werden könnte.

In der letzten Nationalversammlung waren die Deutschen durch folgende acht Abgeordnete vertreten: Dr. Stefan Kraft, Dr. Hans Moser, Senior Samuel Schumacher, Dr. Simon Bartmann, Prof. Josef Täubel, Dr. Wilhelm Neuner, Dr. Julius Gilmer und Franz Schauer. Da nach den neuesten Nachrichten in Sombor Senior Schumacher nicht mehr gewählt wurde, sondern nur Dr. Georg Graf, so setzt sich die jetzige deutsche Volksvertretung in Jugoslawien folgendermaßen zusammen: Dr. Kraft, der zweimal gewählt wurde, Dr. Moser, Dr. Graf und Dr. Neuner. Die Liste ist noch nicht endgültig, weil Kraft eines seiner Mandate zurücklegen wird, und außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß die Deutschen im oberen Banat noch ein sechstes Mandat erhalten, da dort in einigen Gemeinden Nachwahlen angeordnet wurden.

Dr. Seipel kommt ins Rheinland.

Aus Köln kommt die Nachricht, daß Dr. Janaz Seipel an der Tagung des Katholischen Akademikerverbands in Eben vom 27. Februar bis 1. März bestimmt teilnehmen und am 1. März dort seinen angelündigten Vortrag über „Den Weg zum Frieden im Volke und unter den Völkern“ halten wird.

Am Montag, dem 2. März, wird er in Köln in einem großen Vortrage sprechen über „Die Neugestaltung Europas“.

Aus anderen Ländern.

Es wird weiter für die Luft gerüstet.

London, 20. Februar. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Heare: Die Stärke der Luftstreite der Marine und des Heeres und der Kolonialtruppen Frankreichs belaufen sich nach den vorhandenen Informationen auf ungefähr 140 Geschwader zu 9 Flugzeugen. Die Zahl der in Europa stationierten beträgt 110. Über die Zahl der Reservemaschinen liegen keine Nachrichten vor. Die Zahl der Luftgeschwader Großbritanniens und Irlands, einschließlich der der Marine zugewiesen, beträgt 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Reservemaschinen zu machen würde nicht im öffentlichen Interesse liegen. Weiter erklärte Heare auf Anfragen, es seien bisher Flugdienste nach Frankreich, Belgien und Holland sowie nach Deutschland (Köln und Berlin) und außer im Winter, nach der Schweiz eingerichtet. Das Luftfahrtministerium und die Reichsluftverkehrsgeellschaft erwägen die Einrichtung weiterer Linien. Über es bestehenden Schwierigkeiten in Mitteleuropa, insbesondere hinsichtlich der Frage über Deutschland, gab es keine Nachrichten.

Davison sagte in Beantwortung einer Anfrage, es werde nicht im öffentlichen Interesse liegen, nähere Mitteilungen über die 5 neuen Geschwader zu machen.

Macht vor Recht.

Rotterdam, 19. Februar. Der „Courant“ meldet aus Paris: General Walchs Schlussbericht liegt seit Montag dem alliierten Militärrat vor. Die Abgabe des Gutachtens war für die Sitzung am Mittwoch anberaumt, doch ist mit einer Verschiebung zu rechnen, so daß dem Vorschafterrat am Donnerstag endgültige Vorschläge des Militärrates kaum schon vorliegen werden. Das Schicksal des

Schlussberichts ist schon heute vorauszusehen: man wird Deutschland erneut und immer wieder hinhalten, um inzwischen England für die Nichträumung der ersten Zone bis Jahresende zu gewinnen. Der Umsatz der französischen Sozialisten für die Nichträumung Kölns sagt endgültig, wohin die Reise für Deutschland und das Rheinland geht.

Neubesetzung griechischer Ministerien.

Athen, 17. Februar. (D. A. B.) Ministerpräsident Michalakopoulos berüttigt seine Regierung dadurch zu stärken, daß er die seit dem Kriege verlorenen Ministerien sowie das Innenministerium nächste Woche neu besetzen wird. Als Kriegsminister wird Gontzas, als Untersekretärioner Tsirios genannt. Der Ministerpräsident darf die Leitung des Außenministeriums behalten. Er erklärte gestern, die Regierung habe nicht die Absicht, die Patriarchenfrage in der Kammer behandeln zu lassen, da die Angelegenheit von den Beschlüssen des Völkerbundes abhänge. Man befürchtet, daß der Angriff der Opposition der Regierung Schwierigkeiten bereiten könnte.

Ablehnung des Garantievertrages durch Italien.

Zürich, 19. Februar. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Rom habe sich das italienische Kabinett seit Wochen mit der Frage des Garantievertrages befaßt. Das Ergebnis sei die Ablehnung der Garantienlaune durch Italien. Es lange große Mühte dem Völkerbund noch fernzubleiben. Auch die römische „Tribuna“ meldet, daß Italien mit Rücksicht auf die noch ungeläufigen Mittelmeerbeziehungen an seine Verpflichtungen im Sinne des Vorschlags im Völkerbund denken könne.

Drohender Eisenbahnerstreik in England.

Rotterdam, 19. Februar. Der „Courant“ meldet aus London: England steht unmittelbar vor dem Eisenbahnerstreik. Das Sekretariat der Grubenarbeiter erläutert durch den Sekretär Cook eine Erklärung, wonach die Grubenarbeiter niemals in der Frage der Arbeitszeit oder des Mindestlohns von 12 Schilling den Tag ein Kompromiß eingehen werden, und daß sie ihre letzte Forderung als Ultimatum ansehen, daß am 4. März abläuft.

Rußland wird nicht anerkannt.

Washington, 19. Februar. Der Sprecher der Regierung teilte im Weißen Hause mit, daß es nicht richtig sei, daß Amerika die Sowjets in naher Zukunft anzuerkennen. Nicht mehr als diese Feststellung wurde gemacht, und zwar in der Beantwortung einer Frage, die offensichtlich auf Londoner Gerüchte zurückgeht, es möchten die Vereinigten Staaten nach dieser Richtung hin vorgehen.

In kurzen Worten.

Die Tage vom 21. bis 23. Februar werden als Tage zur Feier des siebenjährigen Bestehens der Roten Armee begangen werden; für den 22. Februar wird dabei auch volle Arbeitszeit vorgeschrieben.

Der bisherige amerikanische Botschafter Kellogg hat England mit Bestimmung nach Amerika verlassen.

Die Übereinkunft des Kontrollberichts gibt der Pariser Presse Anlaß zu einer mahnenden Haltung gegen Deutschland.

29.000 chinesische Arbeiter in den japanischen Baumwollspinnereien Schanghai freilassen seit Montag.

Die Moskauer Presse gibt die Verhaftung von 11 deutschen Geiseln bekannt wegen Wirtschaftskriminalität.

Dem Professor an der John Hopkins-Universität Leonard soll es nach jahrelangem Studium gelungen sein, ein Mittel zu finden, das innerhalb von 48 Stunden alle Bakterien in den Nieren und im Harnapparat tötet. Er hat dieses Mittel Oxytetracyclin genannt und beschreibt es als 50 mal stärker wie Karbolösure.

Die ägyptische Regierung hat beschlossen, in Berlin, wo sie bisher nur formell die Vertretung unterhält, eine Gesandtschaft zu errichten. Durch ein Königliches Dekret ist der bisherige ägyptische Gesandte in Washington, Seifallah Pasha, zum a. o. Gesandten und dev. Minister in Berlin ernannt worden.

Aus den oberitalienischen Alpen wird der erste Schneefall dieses Winters und der Rückgang vieler Lawinen gemeldet. In den Bergämtern Täler liegt der Schnee 1 Meter hoch. Auf dem Bernina-Pass ruht ein heftiger Schneesturm.

Der deutsche Reichspräsident erläutert auf einer von Berlin schreibenden amerikanischen Botschafter Haughton. Zu Anschluß davon zu Ehren des Botschafters ein Festbankett statt, an dem u. a. der Reichskanzler, mehrere Reichsminister sowie der preußische Ministerpräsident Marx und der neue Botschafter in Washington, Seifert v. Maltzan, teilnehmen.

Die Insel Sachalin erhält jetzt eine nach dem Sowjetystem eingerichtete Regierung unter dem Namen Revolutionskomitee. Dieses Komitee wird der Sowjetregierung Siberiens unterstellt sein.

Letzte Meldungen.

Das Sammlungsergebnis für Dortmund.

Dortmund, 20. Februar. Die Sammlungen für die Hinterbliebenen der Grubenkatastrophe haben Donnerstag früh 1,5 Millionen Mark erreicht.

Gefangenenseitungen von Kommunisten.

Die „rote Fahne“ meldet, daß die in Stuttgart verhafteten kommunistischen Abgeordneten Schäffer und Götz gestern abend frei gelassen werden seien.

Heriot und Oberkontrollen General Walsh.

Paris, 20. Februar. Ministerpräsident Heriot verhandelt gestern

